

# Bundesgesetzblatt <sup>265</sup>

Teil I

Z 5702 A

1992

Ausgegeben zu Bonn am 27. Februar 1992

Nr. 8

Tag	Inhalt	Seite
21. 2. 92	<b>Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1991 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1991 – BBVAnpG 91)</b> ..... <small>neu: 2032-12-16; 2032-1, 2032-1-10, 2032-1-11-3, 2032-1-9, 2032-1-8, 2032-6, 53-1, 2030-1, 2030-2, 2030-25, 53-4, 2030-27-1, 2032-11-2-1</small>	266
21. 2. 92	<b>Gesetz zur Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes</b> ..... <small>9241-1</small>	287
18. 2. 92	Verordnung über Übergangsmaßnahmen für die chemikalienrechtliche Anmeldung von Stoffen in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet (Chemikalien-Übergangsverordnung) ..... <small>neu: 105-3-15</small>	288
8. 2. 92	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (zu § 19 Abs. 1 erste Alternative der Arbeitszeitordnung) ..... <small>1104-5, 8050-1</small>	289
11. 2. 92	Berichtigung der Achten Verordnung zur Änderung der Wahlordnung für die Sozialversicherung sowie der Neufassung der Wahlordnung für die Sozialversicherung ..... <small>827-6-1</small>	289

#### Hinweis auf andere Verkündungsblätter

Bundesgesetzblatt Teil II Nr. 6 .....	291
Verkündungen im Bundesanzeiger .....	291
Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften .....	292

**Gesetz  
über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen  
in Bund und Ländern 1991  
(Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1991 – BBVAnpG 91)**

Vom 21. Februar 1992

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1  
Anpassung  
von Dienst- und Versorgungsbezügen  
in Bund und Ländern

§ 1

An die Stelle der Anlagen IV bis VI, VIII und IX des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Februar 1991 (BGBl. I S. 293) treten die Anlagen 1 bis 3i, 4 und 5 dieses Gesetzes.

§ 2

(1) Um 6 vom Hundert werden erhöht die

1. Grundgehaltssätze (Gehaltssätze)
  - a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrer,
  - b) in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter,
  - c) in Zwischenbesoldungsgruppen der Besoldungsordnungen der Länder,
2. a) Zuschüsse zum Grundgehalt nach Anlage II (Bundesbesoldungsordnung C) Vorbemerkungen Nummern 1 und 2, die in festen Beträgen festgesetzt sind,

- b) Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrer,
3. Amtszulagen in Landesbesoldungsordnungen, Überleitungsvorschriften oder Regelungen über künftig wegfallende Ämter.

(2) Soweit in landesrechtlichen Vorschriften, die nach Maßgabe des Artikels IX des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern fortgelten, besondere Grundgehaltssätze (Gehaltssätze, einheitliche Gehaltssätze für die Wahrnehmung mehrerer Ämter) festgelegt sind, werden diese in gleicher Weise wie die Dienstbezüge nach Absatz 1 erhöht. Dies gilt auch für die Regelungen über Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen sowie für die auf Grund dieser Regelungen festgesetzten Grundgehaltssätze (Gehaltssätze).

(3) Festgehälter, Zuschüsse zum Grundgehalt und Amtszulagen werden mit auf volle Pfennige aufgerundeten Beträgen festgesetzt. Die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) in den Besoldungsgruppen für Hochschullehrer, in Zwischenbesoldungsgruppen und anderen Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern werden in der Weise festgesetzt, daß das Endgrundgehalt auf volle Pfennigbeträge aufgerundet wird und die übrigen Grundgehaltssätze durch den Abzug eines einheitlichen Unterschiedsbetrages zwischen den Dienstaltersstufen ermittelt werden, der

in gleicher Weise wie die Dienstbezüge nach Absatz 1 erhöht und auf volle Pfennigbeträge abgerundet worden ist. Soweit für Zwischenbesoldungsgruppen mehrere der Höhe nach unterschiedliche Unterschiedsbeträge zwischen den Dienstaltersstufen bestehen, ist entsprechend zu verfahren.

(4) Das Grundgehalt in den Besoldungsgruppen A7 und A8 vermindert sich für Beamte, denen die Stellenzulage nach der Vorbemerkung Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe b zu den Besoldungsordnungen A und B nicht zusteht und deren Ämter in einem Landesbesoldungsgesetz ausgebracht sind, um den Betrag von 71,02 Deutschen Mark.

### § 3

Die Sätze der Mehrarbeitsvergütung nach § 4 Abs. 1 und 3 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 1977 (BGBl. I S. 1107), zuletzt geändert durch § 8 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2834), werden um 6 vom Hundert erhöht und auf volle fünf Pfennige aufgerundet.

### § 4

Die Verordnung über die Gewährung von Erschwerniszulagen in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. März 1987 (BGBl. I S. 762), zuletzt geändert durch § 7 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2834), wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 3 wird Satz 2 gestrichen.
2. In § 3 Abs. 1 werden die Sätze 2 und 3 gestrichen.
3. § 4 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Nummer 1 wird der Betrag „1,45 Deutsche Mark“ durch den Betrag „4,00 Deutsche Mark“ ersetzt.
    - bb) Nummer 2 erhält folgende Fassung:
      - „2.a) an den übrigen Samstagen in der Zeit zwischen 13.00 Uhr und 20.00 Uhr 1,25 Deutsche Mark je Stunde sowie
      - b) im übrigen in der Zeit zwischen 20.00 Uhr und 6.00 Uhr 2,50 Deutsche Mark je Stunde“.
  - b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:
 

„(2) Für Beamte und Soldaten nach den Nummern 9 und 10 der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B des Bundesbesoldungsgesetzes sowie für Beamte in Ämtern der Bundesbesoldungsordnung A bei Justizvollzugsanstalten und im Betriebs- und Verkehrsdienst der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost beträgt die Zulage in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 2 Buchstabe a 1,50 Deutsche Mark je Stunde; dies gilt auch für entsprechende Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst.“
  - c) Absatz 3 erhält folgende Fassung:
 

„(3) Für Dienst über volle Stunden hinaus wird die Zulage anteilig gewährt.“

4. In § 5 Nr. 4 erhält der zweite Satzteil nach dem Semikolon folgende Fassung:

„ausgenommen sind die Beamten und Soldaten der Besoldungsgruppen A1 bis A9, in den Lagezentren oder Leitstellen oberster Bundes- oder Landesbehörden sowie beim Deutschen Bundestag oder bei den Landtagen auch Polizeivollzugsbeamte der Besoldungsgruppen A10 bis A13.“

5. In § 19a wird der Betrag „1,80 Deutsche Mark“ durch den Betrag „1,92 Deutsche Mark“ ersetzt.
6. Die Sätze der Erschwerniszulagen nach § 8 Abs. 1 und 2 und § 23c werden um 12 vom Hundert erhöht und auf volle fünf Pfennige aufgerundet.

### § 5

(1) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsordnungen des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde liegt, treten an die Stelle der Sätze der Grundgehälter in der Anlage IV des Bundesbesoldungsgesetzes die Sätze in der Anlage 1 dieses Gesetzes.

(2) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 und 2, Abs. 2 zugrunde liegt, treten an die Stelle der bisherigen Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) die nach § 2 erhöhten Sätze.

(3) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach einer früheren Besoldungsregelung zugrunde liegt, werden die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) sowie die ruhegehaltfähigen Zulagen im Gesetz über die Amtsbezüge der Richter und Staatsanwälte des Landes Hessen vom 4. März 1970 (Gesetz- und Verordnungsblatt I S. 201) in der Fassung des Bundesbesoldungsgesetzes um den in § 2 Abs. 1 genannten Vmhundertsatz erhöht. An die Stelle der Sätze des Ortszuschlages in der Anlage V des Bundesbesoldungsgesetzes treten die Sätze der Anlage 2 dieses Gesetzes.

(4) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Grundvergütung sowie ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, wird die Grundvergütung um den in § 2 Abs. 1 genannten Vmhundertsatz erhöht.

(5) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen Amtszulagen nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, treten an die Stelle der Sätze der Amtszulagen die Sätze in der Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Anlage 5 dieses Gesetzes. Soweit den Versorgungsbezügen Amtszulagen zugrunde liegen, die nicht in dieser Anlage aufgeführt sind, werden diese um den in § 2 Abs. 1 genannten Vmhundertsatz erhöht.

(6) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Zulage nach den Nummern 8, 8a, 8b, 9, 10, 12 oder 27 der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B oder nach Nummer 2b der Vorbemerkungen zu der Bundesbesoldungsordnung C oder nach Nummer 1a der Vorbemerkungen zu der Bundesbesoldungsordnung R des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde

liegt, treten an die Stelle der Sätze der Zulagen die Sätze in der Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Anlage 5 dieses Gesetzes.

(7) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz nicht zugrunde liegt, und Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden um 5,8 vom Hundert erhöht. Entsprechendes gilt für den Betrag nach Artikel 13 § 2 Abs. 4 des Fünften Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften.

(8) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezüge ein Grundgehalt der Besoldungsgruppen A1 bis A8 oder ein Grundgehalt nach Zwischenbesoldungsgruppen zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt um den Betrag von 71,02 Deutschen Mark, wenn ihren Versorgungsbezüge die Stellenzulage nach der Vorbemerkung Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe a oder b zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B nicht zugrunde liegt.

(9) Der kinderbezogene Anteil des Ortszuschlags (§ 50 Abs. 1 Satz 2 des Beamtenversorgungsgesetzes) gehört zu den Versorgungsbezüge im Sinne des Artikels 2 § 2 Abs. 1 Satz 4 und des Artikels 3 § 3 Abs. 2 Satz 4 des 2. Haushaltsstrukturgesetzes vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1523), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 30. November 1989 (BGBl. I S. 2094).

## § 6

(1) Für die am 31. Dezember 1989 vorhandenen Versorgungsempfänger werden die der Berechnung der Versorgungsbezüge zugrunde liegenden ruhegehaltfähigen Dienstbezüge um einen Strukturausgleich als Anpassungszuschlag erhöht. Dies gilt nicht für Empfänger von Übergangsgebühren. Der Strukturausgleich beträgt 0,4 vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge.

(2) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz nicht zugrunde liegt, und Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden um einen Strukturausgleich als Anpassungszuschlag in Höhe des in Absatz 1 genannten Vomhundertsatzes erhöht.

(3) Artikel 2 § 2 Abs. 1 Satz 4 und Artikel 3 § 3 Abs. 2 Satz 4 des 2. Haushaltsstrukturgesetzes sind nicht anzuwenden.

(4) Die Anpassung der Versorgungsbezüge nach den Absätzen 1 und 2 gilt nicht als Erhöhung der beamtenrechtlichen Versorgungsbezüge im Sinne des § 57 Abs. 2 Satz 2 und des § 58 Abs. 2 Satz 1 des Beamtenversorgungsgesetzes. Satz 1 gilt entsprechend in den Fällen des § 55c Abs. 2 Satz 2 und des § 55d Abs. 2 Satz 1 des Soldatenversorgungsgesetzes.

## Artikel 2

### Sonstige Änderungen des Besoldungsrechts

## § 1

### Änderungen des Bundesbesoldungsgesetzes

Das Bundesbesoldungsgesetz in der in Artikel 1 § 1 bezeichneten Fassung wird wie folgt geändert:

1. § 23 Abs. 1 Nr. 2 wird wie folgt gefaßt:

- „2. in Laufbahnen des mittleren nichttechnischen Dienstes der Besoldungsgruppe A5 oder A6, in Laufbahnen des mittleren technischen Dienstes der Besoldungsgruppe A6 oder A7,“.

2. § 26 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Worte „im gehobenen Dienst
- |                             |           |
|-----------------------------|-----------|
| in der Besoldungsgruppe A11 | 30 v. H., |
| in der Besoldungsgruppe A12 | 12 v. H., |
| in der Besoldungsgruppe A13 | 4 v. H.,“ |
- durch die Worte „im gehobenen Dienst
- |                             |           |
|-----------------------------|-----------|
| in der Besoldungsgruppe A11 | 30 v. H., |
| in der Besoldungsgruppe A12 | 16 v. H., |
| in der Besoldungsgruppe A13 | 6 v. H.,“ |
- ersetzt.

- b) In Absatz 4 Nr. 2 werden nach den Worten „nach Absatz 1“ die Worte „oder nach Nummer 1“ eingefügt.

c) Absatz 5 Nr. 4 erhält folgende Fassung:

- „4. abweichend von den Obergrenzen in Fußnote 3 zur Besoldungsgruppe A9 und Fußnote 11 zur Besoldungsgruppe A13 zu bestimmen, daß eine Planstelle der Besoldungsgruppe A9 und eine Planstelle der Besoldungsgruppe A13 mit der Amtszulage nach der entsprechenden Fußnote ausgestattet werden können.“

3. § 28 Abs. 2 Satz 4 erhält folgende Fassung:

„Der Besoldung im Sinne des Satzes 1 stehen Bezüge aus einer hauptberuflichen Tätigkeit im Dienst eines öffentlich-rechtlichen Dienstherrn (§ 29), im Dienst von öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihren Verbänden sowie im Dienst eines sonstigen Arbeitgebers, der die im öffentlichen Dienst geltenden Tarifverträge oder Tarifverträge wesentlich gleichen Inhalts anwendet und an dem die öffentliche Hand durch Zahlung von Beiträgen oder Zuschüssen oder in anderer Weise wesentlich beteiligt ist, gleich.“

4. § 35 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 werden die Worte „50 v. H.“ durch die Worte „60 v. H.“ ersetzt.
- b) In Absatz 3 wird Satz 2 gestrichen.

5. § 38 Abs. 4 wird wie folgt gefaßt:

„(4) Das Lebensalter wird, vorbehaltlich des Absatzes 2 Satz 2 und 3, um die Hälfte der Zeit nach Vollendung des fünfunddreißigsten Lebensjahres, in der kein Anspruch auf Besoldung bestand, hinausgeschoben. § 27 Abs. 3 und § 28 Abs. 3 gelten entsprechend.“

6. In § 42 Abs. 3 wird in Satz 2 der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:

„sie wird für höchstens drei Monate auch weiter gewährt, wenn die vorübergehende Übertragung einer anderen Funktion zur Sicherung der Funktionsfähigkeit

des Behördenbereichs, in dem der Beamte, Richter oder Soldat eingesetzt wird, dringend erforderlich ist.“

7. § 52 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „dienstlichem“ die Worte „und tatsächlichem“ eingefügt.
- b) In Absatz 3 wird Satz 2 gestrichen.

8. § 55 wird wie folgt geändert:

- a) An Absatz 4 wird folgender Satz 3 angefügt:  
„Dies gilt entsprechend, wenn Unterkunft und/oder Verpflegung unentgeltlich bereitgestellt oder hierfür entsprechende Geldleistungen gewährt werden.“

b) Absatz 5 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 2 werden nach den Worten „Absatz 4 Satz 2“ die Worte „oder 3“ eingefügt.
- bb) Im letzten Satz werden nach den Worten „als Berater für polizeiliche Aufgaben“ die Worte „oder als Rauschgiftverbindungsbeamte“ eingefügt.

9. In § 69 Abs. 1 wird nach Satz 3 der folgende Satz eingefügt:

„Dieser Zuschuß kann ausgeschiedenen ehemaligen Offizieren beim Wiedereintritt in die Bundeswehr erneut gewährt werden.“

10. Die Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B werden wie folgt geändert:

- a) In der Vorbemerkung Nummer 2 Abs. 1 Satz 2 werden die Worte „Deutsches Hydrographisches Institut“ gestrichen und nach den Worten „Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft“ die Worte „Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie“ eingefügt.

b) In der Vorbemerkung Nummer 6 wird Absatz 5 wie folgt gefaßt:

„(5) Die Stellenzulage wird neben einer Stellenzulage nach Nummer 8 oder 23 nur gewährt, soweit sie diese übersteigt. Abweichend von Satz 1 wird die Stellenzulage nach Absatz 1 neben einer Stellenzulage nach Nummer 8 gewährt, soweit sie deren Hälfte übersteigt.“

c) In Vorbemerkung Nummer 12 Satz 1 werden nach den Worten „geschlossenen Abteilungen“ die Worte „oder Stationen“ eingefügt.

d) Die Vorbemerkung Nummer 14 wird gestrichen.

e) In der Vorbemerkung Nummer 23 werden in Absatz 1 die Worte „A5 oder A6“ durch die Worte „A5 bis A7“ ersetzt, sowie nach der Zeile „des nautischen Dienstes,“ die Zeile „des Restauratordienstes,“ und nach der Zeile „der Werkführer“ ein Komma und die Zeile „der Zahntechniker“ eingefügt.

f) Es wird folgende neue Vorbemerkung Nummer 25 eingefügt:

„25. Beamte mit Meisterprüfung oder Abschlußprüfung als staatlich geprüfter Techniker

Beamte in Laufbahnen des mittleren Dienstes, in denen die Meisterprüfung oder die Abschlußprüfung als staatlich geprüfter Techniker vorgeschrieben ist, erhalten, wenn sie die Prüfung bestanden haben, eine ruhegehaltfähige Stellenzulage nach Anlage IX.“

g) In Vorbemerkung Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe b werden nach den Worten „zugeordnet ist,“ die Worte „des mittleren technischen Dienstes“ und ein Komma eingefügt.

11. Die Bundesbesoldungsordnung A wird wie folgt geändert:

a) In der Besoldungsgruppe A5 werden

aa) bei der Amtsbezeichnung „Erster Hauptwachtmeister“ der Fußnotenhinweis „7)“ gestrichen,

bb) in der Fußnote 4 der zweite Satz gestrichen,

cc) die Fußnote 5 wie folgt gefaßt:

„5) Soweit nicht in der Besoldungsgruppe A6.“,

dd) in der Fußnote 6 der zweite Satz wie folgt gefaßt:

„Neben der Amtszulage steht eine Amtszulage nach der Fußnote 3 nicht zu.“,

ee) die Fußnote 7 gestrichen.

b) Die Besoldungsgruppe A 6 erhält folgende Fassung:

„Besoldungsgruppe A 6

Betriebsassistent<sup>5)</sup>  
 Erster Hauptwachtmeister<sup>5)6)</sup>  
 Hauptwart<sup>5)</sup>  
 Justizvollstreckungssekretär  
 Kriminalhauptwachtmeister<sup>1)</sup>  
 Lokomotivführer<sup>1)</sup>  
 Oberamtsmeister<sup>5)</sup>  
 Oberbetriebsmeister<sup>5)</sup>  
 Oberfeuerwehrmann<sup>1)</sup>  
 Obertriebwagenführer<sup>5)</sup>  
 Polizeihauptwachtmeister<sup>1)</sup>  
 Sekretär<sup>2)3)4)</sup>  
 Werkmeister<sup>1)</sup>  
 Stabsunteroffizier  
 Obermaat

1) Als Eingangsamt.

2) Als Eingangsamt für nichttechnische Laufbahnen, in denen die Meisterprüfung vorgeschrieben ist, wenn der Beamte die Prüfung bestanden hat.

3) Als Eingangsamt für Laufbahnen des mittleren technischen Dienstes.

4) Als Eingangsamt für die Laufbahnen des mittleren allgemeinen Vollzugsdienstes bei den Justizvollzugsanstalten und des Lebensmittelkontrollendienstes.

5) Soweit nicht in der Besoldungsgruppe A5. Für bis zu 20 v. H. der Gesamtzahl der Planstellen des einfachen Dienstes.

6) Beamte in der Laufbahn des Justizwachtmeisterdienstes erhalten eine Amtszulage nach Anlage IX.“

- c) In der Besoldungsgruppe A7 werden
- aa) bei den Amtsbezeichnungen „Oberlokomotivführer“ und „Oberwerkmeister“ der Fußnotenhinweis „1)“ angefügt,
  - bb) bei der Amtsbezeichnung „Obersekretär“ der Fußnotenhinweis „9)“ angefügt,
  - cc) folgende neue Fußnote 6 angefügt:

„6) Auch als Eingangsamts für Laufbahnen des mittleren technischen Dienstes.“

- d) In der Besoldungsgruppe A16 werden bei der Amtsbezeichnung „Ministerialrat“ im ersten Funktionszusatz nach dem Wort „Bundesbehörde“ das Komma gestrichen und das Wort „und“ eingefügt sowie nach dem Wort „Bundesbahn“ die Worte „und bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik“ gestrichen.

12. Die Bundesbesoldungsordnung B wird wie folgt geändert:

- a) In der Besoldungsgruppe B 2 wird die Amtsbezeichnung „Direktor bei der Deutschen Bibliothek – als der ständige Vertreter des Generaldirektors –“ gestrichen.

- b) In der Besoldungsgruppe B 3 werden

- aa) nach der Amtsbezeichnung „Direktor bei der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein“ die Amtsbezeichnung „Direktor bei der Deutschen Bibliothek – als der ständige Vertreter des Generaldirektors –“ eingefügt,
- bb) bei der Amtsbezeichnung „Ministerialrat“ im ersten Funktionszusatz nach dem Wort „Bundesbehörde“ das Komma gestrichen und das Wort „und“ eingefügt sowie nach dem Wort „Bundesbahn“ die Worte „und bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik“ gestrichen,
- cc) bei der Amtsbezeichnung „Ministerialrat“ an den ersten Funktionszusatz der Fußnotenhinweis „14)“ angefügt,

- dd) folgende Fußnote 14 eingefügt:

„14) Der Leiter des Präsidialbüros des Präsidenten des Deutschen Bundestages erhält eine Stellenzulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Grundgehalt der Besoldungsgruppe B 3 und dem Grundgehalt der Besoldungsgruppe B 6.“

- c) In der Besoldungsgruppe B 4 werden

- aa) die Amtsbezeichnung „Präsident des Bundesarchivs“ gestrichen,
- bb) bei der Amtsbezeichnung „Senatsdirektor“ folgender Funktionszusatz eingefügt:

„– in Bremen bei einer obersten Landesbehörde als Leiter einer bedeutenden Hauptabteilung – 5)“,

- cc) folgende neue Fußnote 5 angefügt:

„5) Soweit nicht in der Besoldungsgruppe B 5.“

- d) In der Besoldungsgruppe B 5 werden

- aa) die Amtsbezeichnung „Generaldirektor der Deutschen Bibliothek“ gestrichen,
- bb) die Amtsbezeichnung „Präsident der Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben“ gestrichen,
- cc) nach der Amtsbezeichnung „Präsident des Bundesamtes für den Zivildienst“ die Amtsbezeichnung „Präsident des Bundesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen“ eingefügt,
- dd) die Amtsbezeichnung „Präsident und Professor des Deutschen Hydrographischen Instituts“ durch die Amtsbezeichnung „Präsident und Professor des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie“ ersetzt,
- ee) bei der Amtsbezeichnung „Senatsdirektor“ an den ersten Funktionszusatz der Fußnotenhinweis „3)“ angefügt.

- e) In der Besoldungsgruppe B 6 werden

- aa) nach der Amtsbezeichnung „Direktor beim Bundesbeauftragten für den Datenschutz“ die Amtsbezeichnung „Direktor beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik – als der leitende Beamte –“ eingefügt,
- bb) nach der Amtsbezeichnung „Erster Direktor einer Landesversicherungsanstalt“ die Amtsbezeichnung „Generaldirektor der Deutschen Bibliothek“ eingefügt,
- cc) bei der Amtsbezeichnung „Ministerialdirigent“ der Funktionszusatz „– bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik als der ständige Vertreter des Leiters –“ gestrichen,
- dd) nach der Amtsbezeichnung „Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz“ die Amtsbezeichnung „Präsident des Bundesarchivs“ eingefügt.

- f) In der Besoldungsgruppe B 7 wird nach der Amtsbezeichnung „Präsident der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung“ die Amtsbezeichnung „Präsident des Amtes für den Militärischen Abschirmdienst“ eingefügt.

13. Die Bundesbesoldungsordnung C wird wie folgt geändert:

- In Besoldungsgruppe C2 werden

- a) bei der Amtsbezeichnung „Universitätsprofessor<sup>3)</sup>“ der Funktionssatz „– soweit überwiegend in Studiengängen tätig, in denen Aufgaben der wissenschaftlichen Hochschulen und der Fachhochschulen miteinander verbunden werden – 6)“ sowie

- b) die Fußnote 6 gestrichen.

14. Die Bundesbesoldungsordnung R wird wie folgt geändert:

a) In der Besoldungsgruppe R1 wird die Fußnote 2 wie folgt gefaßt:

„2) Erhält als Gruppenleiter bei der Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht mit 4 Planstellen und mehr für Staatsanwälte eine Amtszulage nach Anlage IX; anstatt einer Planstelle für einen Oberstaatsanwalt als Abteilungsleiter können bei einer Staatsanwaltschaft mit 4 und 5 Planstellen für Staatsanwälte eine Planstelle für einen Staatsanwalt als Gruppenleiter und bei einer Staatsanwaltschaft mit 6 und mehr Planstellen für Staatsanwälte 2 Planstellen für Staatsanwälte als Gruppenleiter ausgebracht werden.“

b) In der Besoldungsgruppe R2 werden die Fußnoten 1, 2, 3 und 6 wie folgt gefaßt:

„1) An einem Gericht mit 15 und mehr Richterplanstellen. Bei 22 Richterplanstellen und auf je 7 weitere Richterplanstellen kann für weitere aufsichtführende Richter je eine Richterplanstelle der Besoldungsgruppe R2 ausgebracht werden.

2) An einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen.

3) An einem Gericht mit 4 und mehr Richterplanstellen; erhält an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen eine Amtszulage nach Anlage IX.

6) Auf je 4 Planstellen für Staatsanwälte kann eine Planstelle für einen Oberstaatsanwalt als Abteilungsleiter ausgebracht werden; erhält als der ständige Vertreter eines Leitenden Oberstaatsanwalts der Besoldungsgruppe R3 oder R4 eine Amtszulage nach Anlage IX.“

§ 2

**Änderung von Verordnungen**

1. Die Verordnung zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes vom 23. Dezember 1971 (BGBl. I S. 2165), zuletzt geändert durch Artikel 18 des Gesetzes vom 28. Mai 1990 (BGBl. I S. 967), wird wie folgt geändert:

a) In § 1 werden folgende neue Nummern 6, 9, 11 und 12 eingefügt:

„6. mittlerer technischer Dienst  
in den Besoldungsgruppen A6/A7  
50 vom Hundert,  
in der Besoldungsgruppe A8  
35 vom Hundert,  
in der Besoldungsgruppe A9  
15 vom Hundert;“,

„9. gehobener technischer Dienst  
in den Besoldungsgruppen A9/A10  
10 vom Hundert,  
in der Besoldungsgruppe A11  
40 vom Hundert,  
in der Besoldungsgruppe A12  
35 vom Hundert,  
in der Besoldungsgruppe A13  
15 vom Hundert;“,

„11. gehobener Dienst der Steuerverwaltung  
in der Besoldungsgruppe A11  
30 vom Hundert,  
in der Besoldungsgruppe A12  
20 vom Hundert,  
in der Besoldungsgruppe A13  
8 vom Hundert;“,

„12. höherer technischer Dienst

in den Besoldungsgruppen A15, A16 und B2 nach Einzelbewertung zusammen

45 vom Hundert,

in den Besoldungsgruppen A16 und B2 zusammen

10 vom Hundert.

Die Vornhundredsätze beziehen sich auf die Gesamtzahl der Planstellen des höheren technischen Dienstes in den Besoldungsgruppen A13 bis A16 und B2.“

b) Die bisherigen Nummern 6 und 7 werden die Nummern 7 und 8, die bisherige Nummer 8 wird die Nummer 10.

2. Die Verordnung zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes vom 23. Dezember 1971 (BGBl. I S. 2162), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2630), wird wie folgt geändert:

a) In § 1 werden

aa) nach den Worten „§ 26 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes“ die Worte „und der Verordnung zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes“ eingefügt,

bb) die Nummern 2 und 11 gestrichen.

b) In § 2 wird die Nummer 4 gestrichen.

3. Die Verordnung über die Gewährung von Erschwerniszulagen in der in Artikel 1 § 4 genannten Fassung wird wie folgt geändert:

a) In § 5 wird der Text zu Nummer 1 gestrichen.

b) Nach § 21 wird folgender 3. Titel eingefügt:

„3. Titel  
Zulagen  
für Wechselschichtdienst  
und für Schichtdienst

§ 22

Allgemeine Voraussetzungen und Höhe der Zulagen

(1) Beamte und Soldaten erhalten eine Wechselschichtzulage von 200 Deutschen Mark monatlich, wenn sie ständig nach einem Schichtplan (Dienstplan) eingesetzt sind, der einen regelmäßigen Wechsel der täglichen Arbeitszeit in Wechselschichten (wechselnde Arbeitsschichten, in denen ununterbrochen bei Tag und Nacht, werktags, sonntags und feiertags gearbeitet wird) vorsieht, und sie dabei in je fünf Wochen durchschnittlich mindestens 40 Dienststunden in der dienstplanmäßigen oder betriebsüblichen Nachtschicht leisten.

(2) Beamte und Soldaten erhalten, wenn sie ständig Schichtdienst zu leisten haben (Dienst nach

einem Schichtplan, der einen regelmäßigen Wechsel der täglichen Arbeitszeit in Zeitabschnitten von längstens einem Monat vorsieht),

- a) eine Schichtzulage von 120 Deutschen Mark monatlich, wenn sie die Voraussetzungen für eine Wechselschichtzulage nach Absatz 1 nur deshalb nicht erfüllen, weil nach dem Schichtplan eine Unterbrechung des Dienstes am Wochenende von höchstens 48 Stunden vorgesehen ist oder sie durchschnittlich mindestens 40 Dienststunden in der dienstplanmäßigen oder betriebsüblichen Nachtschicht nur in je sieben Wochen leisten,
- b) eine Schichtzulage von 90 Deutschen Mark monatlich, wenn der Schichtdienst innerhalb einer Zeitspanne von mindestens 18 Stunden,
- c) eine Schichtzulage von 70 Deutschen Mark monatlich, wenn der Schichtdienst innerhalb einer Zeitspanne von mindestens 13 Stunden geleistet wird.

Zeitspanne ist die Zeit zwischen dem Beginn der frühesten und dem Ende der spätesten Schicht innerhalb von 24 Stunden. Die geforderte Stundenzahl muß im Durchschnitt an den im Schichtplan vorgesehenen Arbeitstagen erreicht werden. Sieht der Schichtplan mehr als fünf Arbeitstage wöchentlich vor, können, falls dies günstiger ist, der Berechnung des Durchschnitts fünf Arbeitstage wöchentlich zugrunde gelegt werden.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für Beamte und Soldaten nach Nummer 10 der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B des Bundesbesoldungsgesetzes, wenn die Voraussetzungen für eine Wechselschichtzulage oder eine Schichtzulage ohne Berücksichtigung von Zeiten des Bereitschaftsdienstes erfüllt sind. Sie finden keine Anwendung auf Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst; abweichend hiervon erhalten Beamte im Vorbereitungsdienst für den Krankenpflegedienst 75 vom Hundert der entsprechenden Beträge. Sie finden ferner keine Anwendung auf Beamte und Soldaten, die als Pförtner oder Wächter oder auf Schiffen und schwimmenden Geräten tätig sind oder Auslandszuschlag (§ 55 des Bundesbesoldungsgesetzes) erhalten. Satz 1 ist anzuwenden auch für den Haussicherungsdienst beim Bundeskriminalamt.

(4) Die Erschwerniszulagen nach Absatz 1 und 2 werden nur zur Hälfte gewährt, wenn für den gleichen Zeitraum Anspruch auf eine Stellenzulage nach § 80a Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes, den Nummern 5a, 8, 8a, 8b, 9, 10, 11 und 12 der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B des Bundesbesoldungsgesetzes oder auf die bei der Deutschen Bundesbank gewährte Bankzulage besteht. Abweichend von Satz 1 erhalten Beamte im Krankenpflegedienst, die für den gleichen Zeitraum Anspruch auf eine Zulage nach Nummer 12 der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B haben, die Erschwerniszulage nach Absatz 1 in Höhe von 150 Deutschen Mark monatlich und nach Absatz 2 in voller Höhe.

(5) Abweichend von Absatz 1 und 2 erhalten Beamte der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost eine Schichtzulage in folgenden Stufen:

für zwischen 20.00 Uhr und 6.00 Uhr geleistete Stunden im Monat

von	bis	Deutsche Mark
25	34	100,
35	44	110,
45	54	125,
55	64	140,
65	74	155,
75	84	170,
85	94	185,
95	104	200,
105	114	215,
115	124	230,
ab 125		240.

Die vorstehenden Sätze erhöhen sich für jede Schicht,

die nach 0.00 Uhr und vor 4.00 Uhr beendet wird, um 5 Deutsche Mark,

die nach 24.00 Uhr und vor 4.00 Uhr begonnen wird, um 10 Deutsche Mark.

Wenn keine Schichtzulage nach Satz 1 zusteht, erhalten sie

- a) eine Schichtzulage von 60 Deutschen Mark monatlich, wenn der Schichtdienst innerhalb einer Zeitspanne von mindestens 18 Stunden,
- b) eine Schichtzulage von 40 Deutschen Mark monatlich, wenn der Schichtdienst innerhalb einer Zeitspanne von mindestens 13 Stunden geleistet wird.

(6) Auf die Zahlung der Zulage sind die allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu § 42 Abs. 3 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend anzuwenden.“

- c) Der 4. Titel wird wie folgt geändert:
  - aa) Der bisherige § 22 wird gestrichen.
  - bb) In § 23 Abs. 2 wird folgende Nummer 7 eingefügt:
 

„7. Patienten in Einheiten für Intensivmedizin“.
  - d) In § 23 Abs. 5, § 23a Abs. 3, § 23d Abs. 2 und § 23e Abs. 2 wird jeweils die Ziffer „4“ durch die Ziffer „6“ ersetzt.

4. Die Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der in Artikel 1 § 3 genannten Fassung wird wie folgt geändert:

§ 2 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

- a) Der Text zu Nummer 1 wird gestrichen.
- b) Folgender Satz 4 wird angefügt:

„Die Sätze 1 und 3 finden keine Anwendung bei Mehrarbeit, die außerhalb des Beitrittsgebiets im Zusammenhang mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Rahmen des § 44 Satz 4



Beamtenrechtsrahmengesetz oder des § 72 Abs. 2 Satz 4 Bundesbeamtengesetz geleistet wird, wenn sie 40 Stunden im Monat übersteigt; dies gilt nicht in Fällen des Satzes 1 Nr. 3.“

### § 3

#### Übergangsregelung für Beamte des mittleren Dienstes der Zollverwaltung

(1) Die Obergrenzen des § 1 Nr. 4 der in § 2 Nr. 1 genannten Verordnung können bis zum 31. Dezember 1995 auch für den Binnenzolldienst ausgenutzt werden, soweit sie für den Grenzzolldienst nicht ausgeschöpft sind.

(2) Abweichungen nach Absatz 1 sind ab 1. Januar 1996 durch Umwandlung jeder dritten freiwerdenden Stelle abzubauen.

### Artikel 3

#### Änderung des Gesetzes über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung

Das Gesetz über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung in der Fassung des Artikels VI Nr. 2 des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern vom 23. Mai 1975 (BGBl. I S. 1173), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 18. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2218), wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Nr. 1 erhält folgende Fassung:

„1. am 1. Dezember in einem der in § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 bezeichneten Rechtsverhältnisse stehen,“

b) In Absatz 3 wird Satz 1 gestrichen.

2. § 6 wird wie folgt geändert:

In Absatz 1 Satz 1 werden die Worte „des § 3 Abs. 3“ durch die Worte „einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge“ ersetzt.

### Artikel 4

#### Änderung des Wehrsoldgesetzes

Das Wehrsoldgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Februar 1978 (BGBl. I S. 265), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 6. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2588), wird wie folgt geändert:

In § 5 wird Satz 2 gestrichen.

### Artikel 5

#### Änderung des Beamtenrechtsrahmengesetzes

Das Beamtenrechtsrahmengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 1985 (BGBl. I S. 462), zuletzt geändert durch Artikel 7 § 4 des Gesetzes vom 12. September 1990 (BGBl. I S. 2002), wird wie folgt geändert:

1. § 44 Satz 4 erhält folgende Fassung:

„In einer durch andere Maßnahmen nicht zu beseitigenden Ausnahmesituation im Zusammenhang mit der

Vereinigung der beiden deutschen Staaten kann mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde und des Ministers (Senators) der Finanzen in den Fällen des Satzes 3 darüber hinaus Mehrarbeitsvergütung für eine Tätigkeit außerhalb des Beitrittsgebiets wie folgt gezahlt werden:

vom 1. Januar 1991 bis 31. Dezember 1991 bis höchstens 80 Stunden im Monat,

vom 1. Januar 1992 bis 31. Dezember 1992 bis höchstens 70 Stunden im Monat,

vom 1. Januar 1993 bis 31. Dezember 1993 bis höchstens 60 Stunden im Monat,

vom 1. Januar 1994 bis 31. Dezember 1994 bis höchstens 50 Stunden im Monat.“

2. In § 44a Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „31. Dezember 1993“ durch die Worte „31. Dezember 1996“ ersetzt.

### Artikel 6

#### Änderung des Bundesbeamtengesetzes

Das Bundesbeamtengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 1985 (BGBl. I S. 479), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 11. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2682), wird wie folgt geändert:

1. An § 72 Abs. 2 wird folgender Satz 4 angefügt:

„In einer durch andere Maßnahmen nicht zu beseitigenden Ausnahmesituation im Zusammenhang mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten kann mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde und des Bundesministers der Finanzen in den Fällen des Satzes 3 darüber hinaus Mehrarbeitsvergütung für eine Tätigkeit außerhalb des Beitrittsgebiets wie folgt gezahlt werden:

vom 1. Januar 1991 bis 31. Dezember 1991 bis höchstens 80 Stunden im Monat,

vom 1. Januar 1992 bis 31. Dezember 1992 bis höchstens 70 Stunden im Monat,

vom 1. Januar 1993 bis 31. Dezember 1993 bis höchstens 60 Stunden im Monat,

vom 1. Januar 1994 bis 31. Dezember 1994 bis höchstens 50 Stunden im Monat.“

2. In § 72a Abs. 1 Nr. 1 werden die Worte „31. Dezember 1993“ durch die Worte „31. Dezember 1996“ ersetzt.

### Artikel 7

#### Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes

### § 1

Das Beamtenversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Oktober 1990 (BGBl. I S. 2298) wird wie folgt geändert:

1. In § 14 Abs. 4 Satz 2 wird die Angabe „A 3“ durch die Angabe „A 4“ ersetzt.

2. In § 36 Abs. 3 Satz 3 wird die Angabe „A 3“ durch die Angabe „A 4“ ersetzt.

3. In § 53 Abs. 2 Nr. 1 wird die Angabe „A 3“ durch die Angabe „A 4“ ersetzt.
4. In § 53a Abs. 2 Satz 1 wird die Angabe „A 3“ durch die Angabe „A 4“ ersetzt.
5. Nach § 70 wird folgender § 71 eingefügt:

„§ 71  
Anpassungszuschlag

(1) Verändert sich der durchschnittliche Besoldungsaufwand des Bundes und der Länder innerhalb eines Feststellungszeitraumes von zwölf Monaten durch strukturelle Maßnahmen, wird den Versorgungsempfängern ab 1. Januar 1993 insoweit ein Anpassungszuschlag gewährt. Dies gilt nicht für Empfänger von Übergangsgebühren.

(2) Das Nähere regelt der Bundesminister des Innern durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und mit Zustimmung des Bundesrates.“

§ 2

Das Beamtenversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Februar 1987 (BGBl. I S. 570, 1339), zuletzt geändert durch Anlage I Kapitel XIX Sachgebiet A Abschnitt II Nr. 2 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes vom 23. September 1990 (BGBl. 1990 II S. 885, 1139), wird wie folgt geändert:

1. In § 14 Abs. 1 Satz 3 wird die Angabe „A 3“ durch die Angabe „A 4“ ersetzt.
2. In § 36 Abs. 3 Satz 3 wird die Angabe „A 3“ durch die Angabe „A 4“ ersetzt.
3. In § 53 Abs. 2 Nr. 1 wird die Angabe „A 3“ durch die Angabe „A 4“ ersetzt.

Artikel 8

Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes

Das Soldatenversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. März 1987 (BGBl. I S. 842), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 6. Dezember 1991 (BGBl. I S. 2142), wird wie folgt geändert:

1. In § 26 Abs. 1 Satz 3 wird die Angabe „A3“ durch die Angabe „A4“ ersetzt.
2. In § 53 Abs. 4 wird die Angabe „A3“ durch die Angabe „A4“ ersetzt.
3. § 89b wird wie folgt gefaßt:

„§ 89b

Auf die Versorgungsbezüge der Berufssoldaten und ihrer Hinterbliebenen finden die §§ 70 und 71 des Beamtenversorgungsgesetzes, auf die der Soldaten auf Zeit und ihrer Hinterbliebenen § 70 des Beamtenversorgungsgesetzes entsprechende Anwendung.“

Artikel 9

Änderung  
des Gesetzes zur Änderung  
des Beamtenversorgungsgesetzes  
und sonstiger dienst- und  
versorgungsrechtlicher Vorschriften

Das Gesetz zur Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes und sonstiger dienst- und versorgungsrechtlicher Vorschriften vom 18. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2218), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 6. Dezember 1991 (BGBl. I S. 2142), wird wie folgt geändert:

1. Artikel 2 (Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes) wird wie folgt geändert:
  - a) In Nummer 6 wird in § 26 Abs. 7 Satz 2 die Angabe „A3“ durch die Angabe „A4“ ersetzt.
  - b) In Nummer 12 wird in § 54 Abs. 2 Satz 1 die Angabe „A3“ durch die Angabe „A4“ ersetzt.
2. Artikel 3 (Änderung des Soldatengesetzes) wird wie folgt geändert:
  - a) In Nummer 1 Buchstabe a Unterbuchstabe bb (§ 44 Abs. 1 Sätze 3 und 4) werden in Satz 3 die Worte „Soweit dienstliche Belange nicht entgegenstehen“ durch die Worte „Wenn es im dienstlichen Interesse liegt“ ersetzt.
  - b) In Nummer 1 Buchstabe b (§ 44 Abs. 2 Satz 2) werden die Worte „dienstliche Belange nicht entgegenstehen“ durch die Worte „es im dienstlichen Interesse liegt“ ersetzt.
3. Artikel 6 (Änderung des Beamtenrechtsrahmengesetzes) wird wie folgt geändert:
 

In Nummer 2 (Neufassung des § 25) werden in Absatz 2 Satz 1 die Worte „soweit dienstliche Belange nicht entgegenstehen“ durch die Worte „wenn es im dienstlichen Interesse liegt“ ersetzt.
4. Artikel 7 (Änderung des Bundesbeamtengesetzes) wird wie folgt geändert:
 

In Nummer 3 Buchstabe a (Neufassung des § 41) werden in Absatz 2 Satz 1 die Worte „soweit dienstliche Belange nicht entgegenstehen“ durch die Worte „wenn es im dienstlichen Interesse liegt“ ersetzt.

Artikel 10

Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 1

Änderung  
der Überleitungsverordnung zum 2. BesVNG

Das Amt „Universitätsprofessor – soweit überwiegend in Studiengängen tätig, in denen Aufgaben der wissenschaftlichen Hochschulen und der Fachhochschulen miteinander verbunden werden –“ in Besoldungsgruppe C2 wird als künftig wegfallendes Amt in die Anlage 2 der Verordnung zur Überleitung in die im Zweiten Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern geregelten Ämter und über die künftig wegfallenden Ämter vom 1. Oktober 1975 (BGBl. I S. 2608), die zuletzt durch Artikel 19 des Gesetzes vom 28. Mai 1990 (BGBl. I S. 967) geändert worden ist, eingefügt.

## § 2

Überleitung  
in die Besoldungsgruppe A6

Beamte des einfachen Dienstes in der Besoldungsgruppe A5, die am Tage vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes eine Amtszulage nach der Fußnote 5 oder 7 erhielten und die am Tage des Inkrafttretens im Amt waren, sind von diesem Tage an in das entsprechende Amt der Besoldungsgruppe A6 übergeleitet. Artikel IX § 11 des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern vom 23. Mai 1975 (BGBl. I S. 1173), das zuletzt durch Artikel 50 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2477) geändert worden ist, gilt entsprechend.

## § 3

## Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Die auf Artikel 1 §§ 3 und 4, Artikel 2 § 2 und Artikel 10 § 1 beruhenden Teile der dort geänderten Verordnungen können auf Grund der jeweils einschlägigen Ermächtigung in Verbindung mit dieser Vorschrift durch Verordnung geändert oder aufgehoben werden.

## § 4

## Neufassungen

Der Bundesminister des Innern kann den Wortlaut des Bundesbesoldungsgesetzes, des Gesetzes über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung und des Wehrsoldgesetzes sowie den Wortlaut der in diesem Gesetz geänderten Verordnungen in der vom 1. Januar 1992 an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekanntmachen.

## § 5

## Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. März 1991 in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 treten in Kraft:

1. mit Wirkung vom 1. Januar 1990 Artikel 2 § 1 Nr. 3 und Nr. 5;
2. mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 Artikel 2 § 1 Nr. 11 Buchstabe d, Nr. 12 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb und Buchstabe e Doppelbuchstabe cc; Artikel 2 § 2 Nr. 3 Buchstabe a und Nr. 4 Buchstabe a;
3. mit Wirkung vom 1. Januar 1991 Artikel 2 § 2 Nr. 3 Buchstabe c Doppelbuchstabe bb, Nr. 4 Buchstabe b; Artikel 5 Nr. 1 und Artikel 6 Nr. 1;
4. mit Wirkung vom 1. April 1991 Artikel 1 § 4 Nr. 1 und 3 Buchstaben a und b; Artikel 2 § 1 Nr. 12 Buchstabe f, § 2 Nr. 3 Buchstaben b, c Doppelbuchstabe aa und Buchstabe d;
5. am ersten Tage des auf die Verkündung folgenden Kalendermonats Artikel 1 § 4 Nr. 2 und Nr. 3 Buchstabe c;
6. am 1. Januar 1992 Artikel 2 § 1 Nr. 12 Buchstabe d Doppelbuchstabe bb; Artikel 3; Artikel 7 § 1 Nr. 1 bis 4; Artikel 7 § 2; Artikel 8 Nr. 1 und 2; Artikel 9;
7. am 1. Januar 1994 Artikel 2 § 1 Nr. 14 und in Artikel 2 § 2 Nr. 1 Buchstabe a die Nummer 12.

(3) Die auf Grund der Änderung des § 26 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes und die nach § 1 Nr. 11 der Verordnung zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes möglichen Stellenumwandlungen können in den jeweiligen Besoldungsgruppen zu einem Viertel im Jahr 1992 und zu je einem weiteren Viertel in den Folgejahren vorgenommen werden.

Die Bundesregierung hat dem vorstehenden Gesetz die nach Artikel 113 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung erteilt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 21. Februar 1992

Der Bundespräsident  
Weizsäcker

Der Bundeskanzler  
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Innern  
Seiters

Der Bundesminister der Finanzen  
Theo Waigel

**Anlage 1**

(Anlage IV des BBesG)

**1. Bundesbesoldungsordnung A****Grundgehaltssätze**  
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
A 1	II	1 323,30	1 369,11	1 414,92	1 460,73	1 506,54	1 552,35	1 598,16
A 2		1 437,51	1 482,98	1 528,45	1 573,92	1 619,39	1 664,86	1 710,33
A 3		1 529,13	1 577,50	1 625,87	1 674,24	1 722,61	1 770,98	1 819,35
A 4		1 581,10	1 638,04	1 694,98	1 751,92	1 808,86	1 865,80	1 922,74
A 5		1 600,03	1 660,22	1 720,41	1 780,60	1 840,79	1 900,98	1 961,17
A 6		1 655,76	1 720,26	1 784,76	1 849,26	1 913,76	1 978,26	2 042,76
A 7		1 761,87	1 827,08	1 892,29	1 957,50	2 022,71	2 087,92	2 153,13
A 8		1 841,65	1 919,65	1 997,65	2 075,65	2 153,65	2 231,65	2 309,65
A 9	Ic	1 978,43	2 052,07	2 128,81	2 206,15	2 284,92	2 370,76	2 456,60
A 10		2 166,35	2 273,01	2 379,67	2 486,33	2 592,99	2 699,65	2 806,31
A 11		2 523,97	2 633,25	2 742,53	2 851,81	2 961,09	3 070,37	3 179,65
A 12		2 749,05	2 879,35	3 009,65	3 139,95	3 270,25	3 400,55	3 530,85
A 13	Ib	3 114,56	3 255,26	3 395,96	3 536,66	3 677,36	3 818,06	3 958,76
A 14		3 205,98	3 388,42	3 570,86	3 753,30	3 935,74	4 118,18	4 300,62
A 15		3 614,75	3 815,33	4 015,91	4 216,49	4 417,07	4 617,65	4 818,23
A 16		4 017,54	4 249,53	4 481,52	4 713,51	4 945,50	5 177,49	5 409,48

**2. Bundesbesoldungsordnung B****Grundgehaltssätze**  
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	
B 1	Ib	6 422,87
B 2		7 617,59
B 3	Ia	7 969,73
B 4		8 499,45
B 5		9 107,18
B 6		9 681,09
B 7		10 239,33
B 8		10 821,21
B 9		11 543,68
B 10		13 787,17
B 11		15 052,44

**3. Bundesbesoldungsordnung C****Grundgehaltssätze**  
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
C 1	Ib	3 114,56	3 255,26	3 395,96	3 536,66	3 677,36	3 818,06	3 958,76
C 2		3 123,24	3 347,46	3 571,68	3 795,90	4 020,12	4 244,34	4 468,56
C 3		3 529,60	3 783,47	4 037,34	4 291,21	4 545,08	4 798,95	5 052,82
C 4	Ia	4 571,23	4 826,42	5 081,61	5 336,80	5 591,99	5 847,18	6 102,37

8	9	10	11	12	13	14	15
1 643,97							
1 755,80							
1 867,72							
1 979,68							
2 021,36	2 081,55						
2 107,26	2 171,76	2 236,26					
2 218,34	2 283,55	2 348,76	2 413,97	2 479,18			
2 387,65	2 465,65	2 543,65	2 621,65	2 699,65	2 777,65		
2 542,44	2 628,28	2 714,12	2 799,96	2 885,80	2 971,64		
2 912,97	3 019,63	3 126,29	3 232,95	3 339,61	3 446,27		
3 288,93	3 398,21	3 507,49	3 616,77	3 726,05	3 835,33	3 944,61	
3 661,15	3 791,45	3 921,75	4 052,05	4 182,35	4 312,65	4 442,95	
4 099,46	4 240,16	4 380,86	4 521,56	4 662,26	4 802,96	4 943,66	
4 483,06	4 665,50	4 847,94	5 030,38	5 212,82	5 395,26	5 577,70	
5 018,81	5 219,39	5 419,97	5 620,55	5 821,13	6 021,71	6 222,29	6 422,87
5 641,47	5 873,46	6 105,45	6 337,44	6 569,43	6 801,42	7 033,41	7 265,40

8	9	10	11	12	13	14	15
4 099,46	4 240,16	4 380,86	4 521,56	4 662,26	4 802,96	4 943,66	
4 692,78	4 917,00	5 141,22	5 365,44	5 589,66	5 813,88	6 038,10	6 262,32
5 306,69	5 560,56	5 814,43	6 068,30	6 322,17	6 576,04	6 829,91	7 083,78
6 357,56	6 612,75	6 867,94	7 123,13	7 378,32	7 633,51	7 888,70	8 143,89

## 4. Bundesbesoldungsordnung R

**Grundgehaltssätze**  
 (Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	Stufe									
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
		Lebensalter									
		31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	I b	4 035,24	4 321,81	4 608,38	4 894,95	5 181,52	5 468,09	5 754,66	6 041,23	6 327,80	6 614,37
R 2		4 721,19	5 007,76	5 294,33	5 580,90	5 867,47	6 154,04	6 440,61	6 727,18	7 013,75	7 300,32

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	
R 3	I a	7 969,73
R 4		8 499,45
R 5		9 107,18
R 6		9 681,09
R 7		10 239,33
R 8		10 821,21
R 9		11 543,68
R 10		14 426,74

**Anlage 2**  
 (Anlage V des BBesG)

**Ortszuschlag**  
 (Monatsbeträge in DM)

Tarifklasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind
I a	B 3 bis B 11 C 4 R 3 bis R 10	981,95	1 138,59	1 272,62
I b	B 1 und B 2 A 13 bis A 16 C 1 bis C 3 R 1 und R 2	828,35	984,99	1 119,02
I c	A 9 bis A 12	736,17	892,81	1 026,84
II	A 1 bis A 8	693,49	842,65	976,68

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 134,03 DM.

In der Tarifklasse II erhöht sich der Ortszuschlag ab Stufe 4 für das zweite und jedes weitere zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 3 um je 40 DM, in Besoldungsgruppe A 4 um je 30 DM und in Besoldungsgruppe A 5 um je 20 DM. Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Ortszuschlag nach § 39 Abs. 2 Satz 1: Tarifklasse I c 588,94 DM,  
 Tarifklasse II 554,79 DM.

**Anlage 3a**  
(Anlage VI a des BBesG)

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)**  
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8 . . . .	1 352	1 597	1 842	2 087	2 332	2 577	2 822	3 067	3 312	3 557	3 802	4 047
A 9 . . . . .	1 589	1 853	2 117	2 381	2 645	2 909	3 173	3 437	3 701	3 965	4 229	4 493
A 10 . . . . .	1 798	2 072	2 346	2 620	2 894	3 168	3 442	3 716	3 990	4 264	4 538	4 812
A 11 . . . . .	1 967	2 255	2 543	2 831	3 119	3 407	3 695	3 983	4 271	4 559	4 847	5 135
A 12 . . . . .	2 189	2 494	2 799	3 104	3 409	3 714	4 019	4 324	4 629	4 934	5 239	5 544
A 13 . . . . .	2 407	2 724	3 041	3 358	3 675	3 992	4 309	4 626	4 943	5 260	5 577	5 894
A 14 . . . . .	2 629	2 957	3 285	3 613	3 941	4 269	4 597	4 925	5 253	5 581	5 909	6 237
A 15 . . . . .	2 936	3 292	3 648	4 004	4 360	4 716	5 072	5 428	5 784	6 140	6 496	6 852
A 16 bis B 2 . . . .	3 124	3 500	3 876	4 252	4 628	5 004	5 380	5 756	6 132	6 508	6 884	7 260
B 3 und B 4 . . . .	3 125	3 522	3 919	4 316	4 713	5 110	5 507	5 904	6 301	6 698	7 095	7 492
B 5 bis B 7 . . . .	3 464	3 902	4 340	4 778	5 216	5 654	6 092	6 530	6 968	7 406	7 844	8 282
B 8 und höher . .	3 735	4 233	4 731	5 229	5 727	6 225	6 723	7 221	7 719	8 217	8 715	9 213

**Anlage 3b**  
(Anlage VI b des BBesG)

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)**  
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8 . . . .	1 149	1 357	1 565	1 773	1 981	2 189	2 397	2 605	2 813	3 021	3 229	3 437
A 9 . . . . .	1 351	1 575	1 799	2 023	2 247	2 471	2 695	2 919	3 143	3 367	3 591	3 815
A 10 . . . . .	1 528	1 761	1 994	2 227	2 460	2 693	2 926	3 159	3 392	3 625	3 858	4 091
A 11 . . . . .	1 672	1 917	2 162	2 407	2 652	2 897	3 142	3 387	3 632	3 877	4 122	4 367
A 12 . . . . .	1 861	2 120	2 379	2 638	2 897	3 156	3 415	3 674	3 933	4 192	4 451	4 710
A 13 . . . . .	2 046	2 315	2 584	2 853	3 122	3 391	3 660	3 929	4 198	4 467	4 736	5 005
A 14 . . . . .	2 235	2 514	2 793	3 072	3 351	3 630	3 909	4 188	4 467	4 746	5 025	5 304
A 15 . . . . .	2 496	2 799	3 102	3 405	3 708	4 011	4 314	4 617	4 920	5 223	5 526	5 829
A 16 bis B 2 . . . .	2 655	2 975	3 295	3 615	3 935	4 255	4 575	4 895	5 215	5 535	5 855	6 175
B 3 und B 4 . . . .	2 656	2 993	3 330	3 667	4 004	4 341	4 678	5 015	5 352	5 689	6 026	6 363
B 5 bis B 7 . . . .	2 944	3 316	3 688	4 060	4 432	4 804	5 176	5 548	5 920	6 292	6 664	7 036
B 8 und höher . .	3 175	3 598	4 021	4 444	4 867	5 290	5 713	6 136	6 559	6 982	7 405	7 828

**Anlage 3 c**

(Anlage VI c des BBesG)

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)**  
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8 . . . .	946	1 118	1 290	1 462	1 634	1 806	1 978	2 150	2 322	2 494	2 666	2 838
A 9 . . . . .	1 112	1 297	1 482	1 667	1 852	2 037	2 222	2 407	2 592	2 777	2 962	3 147
A 10 . . . . .	1 259	1 451	1 643	1 835	2 027	2 219	2 411	2 603	2 795	2 987	3 179	3 371
A 11 . . . . .	1 377	1 579	1 781	1 983	2 185	2 387	2 589	2 791	2 993	3 195	3 397	3 599
A 12 . . . . .	1 532	1 746	1 960	2 174	2 388	2 602	2 816	3 030	3 244	3 458	3 672	3 886
A 13 . . . . .	1 685	1 907	2 129	2 351	2 573	2 795	3 017	3 239	3 461	3 683	3 905	4 127
A 14 . . . . .	1 840	2 070	2 300	2 530	2 760	2 990	3 220	3 450	3 680	3 910	4 140	4 370
A 15 . . . . .	2 055	2 304	2 553	2 802	3 051	3 300	3 549	3 798	4 047	4 296	4 545	4 794
A 16 bis B 2 . . . .	2 187	2 450	2 713	2 976	3 239	3 502	3 765	4 028	4 291	4 554	4 817	5 080
B 3 und B 4 . . . .	2 187	2 465	2 743	3 021	3 299	3 577	3 855	4 133	4 411	4 689	4 967	5 245
B 5 bis B 7 . . . .	2 425	2 732	3 039	3 346	3 653	3 960	4 267	4 574	4 881	5 188	5 495	5 802
B 8 und höher . .	2 614	2 963	3 312	3 661	4 010	4 359	4 708	5 057	5 406	5 755	6 104	6 453

**Anlage 3 d**

(Anlage VI d des BBesG)

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)**  
– Unterkunft und Verpflegung –  
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8 . . . .	662	782	902	1 022	1 142	1 262	1 382	1 502	1 622	1 742	1 862	1 982
A 9 . . . . .	778	908	1 038	1 168	1 298	1 428	1 558	1 688	1 818	1 948	2 078	2 208
A 10 . . . . .	881	1 015	1 149	1 283	1 417	1 551	1 685	1 819	1 953	2 087	2 221	2 355
A 11 . . . . .	964	1 105	1 246	1 387	1 528	1 669	1 810	1 951	2 092	2 233	2 374	2 515
A 12 . . . . .	1 072	1 222	1 372	1 522	1 672	1 822	1 972	2 122	2 272	2 422	2 572	2 722
A 13 . . . . .	1 179	1 334	1 489	1 644	1 799	1 954	2 109	2 264	2 419	2 574	2 729	2 884
A 14 . . . . .	1 288	1 449	1 610	1 771	1 932	2 093	2 254	2 415	2 576	2 737	2 898	3 059
A 15 . . . . .	1 438	1 612	1 786	1 960	2 134	2 308	2 482	2 656	2 830	3 004	3 178	3 352
A 16 bis B 2 . . . .	1 531	1 715	1 899	2 083	2 267	2 451	2 635	2 819	3 003	3 187	3 371	3 555
B 3 und B 4 . . . .	1 531	1 726	1 921	2 116	2 311	2 506	2 701	2 896	3 091	3 286	3 481	3 676
B 5 bis B 7 . . . .	1 697	1 912	2 127	2 342	2 557	2 772	2 987	3 202	3 417	3 632	3 847	4 062
B 8 und höher . .	1 830	2 074	2 318	2 562	2 806	3 050	3 294	3 538	3 782	4 026	4 270	4 514



**Anlage 3e**  
(Anlage VIe des BBesG)

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)**

– Unterkunft oder Verpflegung –  
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8 . . . .	804	950	1 096	1 242	1 388	1 534	1 680	1 826	1 972	2 118	2 264	2 410
A 9 . . . . .	945	1 102	1 259	1 416	1 573	1 730	1 887	2 044	2 201	2 358	2 515	2 672
A 10 . . . . .	1 070	1 233	1 396	1 559	1 722	1 885	2 048	2 211	2 374	2 537	2 700	2 863
A 11 . . . . .	1 170	1 342	1 514	1 686	1 858	2 030	2 202	2 374	2 546	2 718	2 890	3 062
A 12 . . . . .	1 302	1 484	1 666	1 848	2 030	2 212	2 394	2 576	2 758	2 940	3 122	3 304
A 13 . . . . .	1 432	1 621	1 810	1 999	2 188	2 377	2 566	2 755	2 944	3 133	3 322	3 511
A 14 . . . . .	1 564	1 760	1 956	2 152	2 348	2 544	2 740	2 936	3 132	3 328	3 524	3 720
A 15 . . . . .	1 747	1 959	2 171	2 383	2 595	2 807	3 019	3 231	3 443	3 655	3 867	4 079
A 16 bis B 2 . . . .	1 859	2 083	2 307	2 531	2 755	2 979	3 203	3 427	3 651	3 875	4 099	4 323
B 3 und B 4 . . . .	1 859	2 095	2 331	2 567	2 803	3 039	3 275	3 511	3 747	3 983	4 219	4 455
B 5 bis B 7 . . . .	2 061	2 322	2 583	2 844	3 105	3 366	3 627	3 888	4 149	4 410	4 671	4 932
B 8 und höher . .	2 222	2 519	2 816	3 113	3 410	3 707	4 004	4 301	4 598	4 895	5 192	5 489

**Anlage 3f**  
(Anlage VI f des BBesG)

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)**

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8 . . . .	1 500	1 753	2 006	2 259	2 512	2 765	3 018	3 271	3 524	3 777	4 030	4 283
A 9 . . . . .	1 755	2 027	2 299	2 571	2 843	3 115	3 387	3 659	3 931	4 203	4 475	4 747
A 10 . . . . .	1 985	2 267	2 549	2 831	3 113	3 395	3 677	3 959	4 241	4 523	4 805	5 087
A 11 . . . . .	2 173	2 470	2 767	3 064	3 361	3 658	3 955	4 252	4 549	4 846	5 143	5 440
A 12 . . . . .	2 417	2 731	3 045	3 359	3 673	3 987	4 301	4 615	4 929	5 243	5 557	5 871
A 13 . . . . .	2 658	2 985	3 312	3 639	3 966	4 293	4 620	4 947	5 274	5 601	5 928	6 255
A 14 . . . . .	2 903	3 241	3 579	3 917	4 255	4 593	4 931	5 269	5 607	5 945	6 283	6 621
A 15 . . . . .	3 244	3 611	3 978	4 345	4 712	5 079	5 446	5 813	6 180	6 547	6 914	7 281
A 16 bis B 2 . . . .	3 463	3 850	4 237	4 624	5 011	5 398	5 785	6 172	6 559	6 946	7 333	7 720
B 3 und B 4 . . . .	3 487	3 896	4 305	4 714	5 123	5 532	5 941	6 350	6 759	7 168	7 577	7 986
B 5 bis B 7 . . . .	3 888	4 339	4 790	5 241	5 692	6 143	6 594	7 045	7 496	7 947	8 398	
B 8 und höher . .	4 220	4 733	5 246	5 759	6 272	6 785	7 298	7 811	8 324	8 837		

**Anlage 3g**  
(Anlage VIg des BBesG)

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)**  
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8 . . . . .	1 285	1 500	1 715	1 930	2 145	2 360	2 575	2 790	3 005	3 220	3 435	3 650
A 9 . . . . .	1 504	1 735	1 966	2 197	2 428	2 659	2 890	3 121	3 352	3 583	3 814	4 045
A 10 . . . . .	1 702	1 942	2 182	2 422	2 662	2 902	3 142	3 382	3 622	3 862	4 102	4 342
A 11 . . . . .	1 864	2 116	2 368	2 620	2 872	3 124	3 376	3 628	3 880	4 132	4 384	4 636
A 12 . . . . .	2 075	2 341	2 607	2 873	3 139	3 405	3 671	3 937	4 203	4 469	4 735	5 001
A 13 . . . . .	2 283	2 561	2 839	3 117	3 395	3 673	3 951	4 229	4 507	4 785	5 063	5 341
A 14 . . . . .	2 492	2 779	3 066	3 353	3 640	3 927	4 214	4 501	4 788	5 075	5 362	5 649
A 15 . . . . .	2 786	3 098	3 410	3 722	4 034	4 346	4 658	4 970	5 282	5 594	5 906	6 218
A 16 bis B 2 . . . . .	2 975	3 304	3 633	3 962	4 291	4 620	4 949	5 278	5 607	5 936	6 265	6 594
B 3 und B 4 . . . . .	3 001	3 349	3 697	4 045	4 393	4 741	5 089	5 437	5 785	6 133	6 481	6 829
B 5 bis B 7 . . . . .	3 348	3 731	4 114	4 497	4 880	5 263	5 646	6 029	6 412	6 795	7 178	
B 8 und höher . . . . .	3 639	4 075	4 511	4 947	5 383	5 819	6 255	6 691	7 127	7 563		

**Anlage 3h**  
(Anlage VIh des BBesG)

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)**  
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8 . . . . .	1 078	1 255	1 432	1 609	1 786	1 963	2 140	2 317	2 494	2 671	2 848	3 025
A 9 . . . . .	1 258	1 449	1 640	1 831	2 022	2 213	2 404	2 595	2 786	2 977	3 168	3 359
A 10 . . . . .	1 424	1 621	1 818	2 015	2 212	2 409	2 606	2 803	3 000	3 197	3 394	3 591
A 11 . . . . .	1 561	1 769	1 977	2 185	2 393	2 601	2 809	3 017	3 225	3 433	3 641	3 849
A 12 . . . . .	1 735	1 955	2 175	2 395	2 615	2 835	3 055	3 275	3 495	3 715	3 935	4 155
A 13 . . . . .	1 910	2 138	2 366	2 594	2 822	3 050	3 278	3 506	3 734	3 962	4 190	4 418
A 14 . . . . .	2 086	2 322	2 558	2 794	3 030	3 266	3 502	3 738	3 974	4 210	4 446	4 682
A 15 . . . . .	2 333	2 590	2 847	3 104	3 361	3 618	3 875	4 132	4 389	4 646	4 903	5 160
A 16 bis B 2 . . . . .	2 493	2 764	3 035	3 306	3 577	3 848	4 119	4 390	4 661	4 932	5 203	5 474
B 3 und B 4 . . . . .	2 517	2 803	3 089	3 375	3 661	3 947	4 233	4 519	4 805	5 091	5 377	5 663
B 5 bis B 7 . . . . .	2 813	3 128	3 443	3 758	4 073	4 388	4 703	5 018	5 333	5 648	5 963	
B 8 und höher . . . . .	3 062	3 422	3 782	4 142	4 502	4 862	5 222	5 582	5 942	6 302		

**Anlage 31**  
(Anlage VII des BBesG)

**Auslandskinderzuschlag (§ 56)**  
(Monatsbeträge in DM je Kind)

nach § 56 Abs. 1 Nr. 1													nach § 56 Abs. 1 Nr. 2
Besoldungsgruppe	Stufe des Auslandszuschlags												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 1 bis A 16 B 1 bis B 11	197	226	255	284	313	342	371	400	429	458	487	516	197
Dieser Betrag erhöht sich um Beträge in der Höhe des Kindergeldes, das nach dem Bundeskindergeldgesetz zustehen würde.													

**Anlage 4**  
(Anlage VIII des BBesG)

**Anwärtergrundbetrag**  
**Anwärterverheiratenzuschlag**  
(Monatsbeträge in DM)

Eingangsam, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag		Verheiratenzuschlag	
	vor Vollendung des 26. Lebens- jahres	nach Vollendung des 26. Lebens- jahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4 .....	1 056	1 172	315	105
A 5 bis A 8 .....	1 240	1 396	364	105
A 9 bis A 11 .....	1 322	1 500	420	105
A 12 .....	1 535	1 726	444	105
A 13 .....	1 584	1 784	459	105
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe d der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungs- ordnungen A und B) oder R 1 .....	1 634	1 848	474	105

**Anlage 5**  
(Anlage IX des BBesG)

**Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen**  
(Monatsbeträge)

– in der Reihenfolge der Gesetzesstellen –

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
<b>Bundesbesoldungsgesetz</b>			
§ 44	bis zu 200,00	Nr. 7 Buchstabe a	200,00
§ 48 Abs. 2	bis zu 100,00	Buchstabe b	80,00
§ 78	bis zu 150,00	Nr. 8 Buchstabe a	250,00
§ 80 a		Buchstabe b	130,00
Abs. 1 und 2		Nr. 9	120,00
Die Zulage beträgt für die Beamten		Nummer 6	
des einfachen Dienstes	120,00	Abs. 1	
des mittleren Dienstes	180,00	Buchstabe a	900,00
des gehobenen Dienstes	300,00	Buchstabe b	720,00
des höheren Dienstes	430,00	Buchstabe c	576,00
Abs. 3		Nummer 6 a	200,00
Buchstabe a Nr. 1	500,00	Nummer 7	
Nr. 2	170,00	Die Zulage beträgt für die	12,5 v. H. des
Buchstabe b Nr. 1	200,00	Beamten und Soldaten der	Endgrundgehalts
Nr. 2	120,00	Besoldungsgruppen	oder, bei festen
<b>Bundesbesoldungsordnungen A und B</b>			Gehältern, des
Vorbemerkungen			Grundgehalts der
Nummer 2 Abs. 2	250,00		Besoldungsgruppe *)
Nummer 4	100,00	A 1 bis A 5	A 5
Nummer 4 a	150,00	A 6 bis A 9	A 9
Nummer 5		A 10 bis A 13	A 13
Die Zulage beträgt für		A 14, A 15, B 1	A 15
Manschaften,		A 16, B 2 bis B 4	B 3
Unteroffiziere/Beamte		B 5 bis B 7	B 6
der Besoldungsgruppen A 5 und A 6	70,00	B 8 bis B 10	B 9
Unteroffiziere/Beamte		B 11	B 11
der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9	100,00	Nummer 8 Abs. 1	
Offiziere/Beamte des gehobenen		Die Zulage beträgt	
und höheren Dienstes	150,00	für die Beamten der Besoldungsgruppen	
Nummer 5 a		A 1 bis A 5	212,00
Abs. 1		A 6 bis A 9	291,50
Buchstabe a	180,00	A 10 bis A 13	371,00
Buchstabe b	300,00	A 14 und höher	450,50
Buchstabe c	430,00	für Anwärter der Laufbahngruppe	
Abs. 2		des mittleren Dienstes	159,00
Nr. 1 Buchstabe a	270,00	des gehobenen Dienstes	212,00
Buchstabe b	200,00	des höheren Dienstes	265,00
Nr. 2 Buchstabe a	200,00	Nummer 8 a	
Buchstabe b	80,00	Die Zulage beträgt	
Nr. 3	130,00	für die Beamten der Besoldungsgruppen	
Nr. 4 und 5	120,00	A 1 bis A 5	116,60
Nr. 6 Buchstabe a	270,00	A 6 bis A 9	159,00
Buchstabe b	200,00	A 10 bis A 13	196,10
		A 14 und höher	233,20
		für Anwärter der Laufbahngruppe	
		des mittleren Dienstes	84,80
		des gehobenen Dienstes	111,30
		des höheren Dienstes	137,80

\*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 8 b		Nummer 26 Abs. 1	
Die Zulage beträgt		Die Zulage beträgt für Beamte	
für die Beamten der Besoldungsgruppen		des mittleren Dienstes	33,34
A 1 bis A 5	190,80	des gehobenen Dienstes	75,00
A 6 bis A 9	243,80		
A 10 bis A 13	318,00	Nummer 27	
A 14 und höher	392,20	Abs. 1	
für Anwärter der Laufbahngruppe		Buchstabe a	63,60
des mittleren Dienstes	143,10	Buchstabe b	
des gehobenen Dienstes	190,80	Doppelbuchstabe aa	87,98
des höheren Dienstes	238,50	Doppelbuchstabe bb	159,00
Nummer 9		Buchstabe c	169,60
Die Zulage beträgt		Buchstabe d	169,60
nach einer Dienstzeit		Buchstabe e	63,60
von einem Jahr	106,00	Abs. 2	
von zwei Jahren	212,00	Buchstabe b Doppelbuchstabe bb	71,02
Nummer 9 a		Buchstaben c und d	106,00
Abs. 1		Nummer 30	45,00
Buchstabe a	200,00		
Buchstabe b	400,00	Besoldungsgruppen	Fußnote
Buchstabe c	300,00	A 2	1 45,54
Abs. 2			2 34,67
Buchstabe a	80,00		3 83,96
Buchstabe b	100,00		6 42,40
Nummer 10 Abs. 1		A 3	1,5 83,96
Die Zulage beträgt			2 45,54
nach einer Dienstzeit		A 4	1,4 83,96
von einem Jahr	106,00		2 45,54
von zwei Jahren	212,00	A 5	3 45,54
Nummer 11	1/12 des Grundgehalts und des Ortszuschlags*)		4,6 83,96
Nummer 12	159,00	A 6	6 45,54
Nummer 13 a	bis zu	A 7	2 56,52
Nummer 19 Satz 1	314,88		5 50 v. H. des jeweiligen Unter- schiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungs- gruppe A 8
Nummer 21	264,15	A 8	2 72,85
Nummer 23		A 9	2,3,6 338,99
Abs. 1	20,00		7 15 v. H. des Anfangs- grundgehalts der Besoldungs- gruppe A 9
Abs. 2	45,00	A 12	7,8 196,87
Nummer 24		A 13	6 157,46
Die Zulage beträgt für Beamte			7 236,18
des mittleren Dienstes/ für Unteroffiziere	20,00		11,12,13 344,50
des gehobenen Dienstes/ für Offiziere bis zur Besoldungs- gruppe A 12	45,00	A 14	5 236,18
Nummer 25	75,00	A 15	7 236,18
		B 10	1,2 545,80

\*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	
<b>Bundesbesoldungsordnung C</b>		
Vorbemerkungen		
Nummer 2 b		
Buchstabe a		169,60
Buchstabe b		63,60
Nummer 3		
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe*)	
für Beamte der Besoldungs- gruppe C 1	A 13	
für Beamte der Besoldungs- gruppe C 2	A 15	
für Beamte der Besoldungs- gruppen C 3 und C 4	B 3	
Nummer 5		
wenn ein Amt ausgeübt wird		
der Besoldungsgruppe R 1		402,00
der Besoldungsgruppe R 2		450,00
Besoldungsgruppe	Fußnote	
C 2	1	204,04
<b>Bundesbesoldungsordnung R</b>		
Vorbemerkungen		
Nummer 1 a		
		63,60

\*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	
Nummer 2		
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe*)	
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1		R 1
R 2 bis R 4		R 3
R 5 bis R 7		R 6
R 8 bis R 10		R 9
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden, der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richter- amt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1		A 15
R 2 bis R 4		B 3
R 5 bis R 7		B 6
R 8 bis R 10		B 9
Nummer 4		75,00
Besoldungsgruppen	Fußnote	
R 1.	1, 2	261,14
R 2	3 bis 8, 10	261,14
R 3	3	261,14
R 8	2	522,19

## **Gesetz zur Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes**

**Vom 21. Februar 1992**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

### **Artikel 1**

Das Güterkraftverkehrsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. März 1983 (BGBl. I S. 256), zuletzt geändert durch Artikel 30 des Dritten Rechtsbereinigungsgesetzes vom 28. Juni 1990 (BGBl. I S. 1221), wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
  - a) In Satz 1 wird das Wort „fünfzig“ durch das Wort „fünfundsiebzig“ ersetzt.
  - b) Satz 3 wird gestrichen.
  
2. § 6a wird wie folgt geändert:

In Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „fünfzig“ durch das Wort „fünfundsiebzig“ ersetzt.

### **Artikel 2**

Dieses Gesetz tritt drei Monate nach der Verkündung in Kraft.

---

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 21. Februar 1992

Der Bundespräsident  
Weizsäcker

Der Bundeskanzler  
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Verkehr  
Günther Krause

**Verordnung  
über Übergangsmaßnahmen für die chemikalienrechtliche Anmeldung von Stoffen  
in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet  
(Chemikalien-Übergangsverordnung)**

Vom 18. Februar 1992

Auf Grund des Artikels 4 Abs. 1 des Gesetzes vom 23. September 1990 (BGBl. 1990 II S. 885) verordnet die Bundesregierung:

§ 1

**Zweck, Anwendungsbereich**

Diese Verordnung enthält in Umsetzung von Artikel 1 der Richtlinie 90/660/EWG des Rates vom 4. Dezember 1990 über die in Deutschland geltenden Übergangsmaßnahmen für bestimmte Gemeinschaftsvorschriften über den Umweltschutz im Zusammenhang mit dem Binnenmarkt (ABl. EG Nr. L 353 S. 79) Übergangsvorschriften für die Anmeldung und das Inverkehrbringen von Stoffen, die bereits vor dem 3. Oktober 1990 in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet erstmals in den Verkehr gebracht wurden und von einem in diesem Gebiet niedergelassenen Hersteller oder Einführer nach den Vorschriften des Zweiten Abschnitts des Chemikaliengesetzes anzumelden sind.

§ 2

**Grundsatz**

Die in § 1 genannten Stoffe dürfen abweichend von § 4 Abs. 1 des Chemikaliengesetzes bis zum 31. Dezember 1992 in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet in den Verkehr gebracht werden. Für Stoffe, die bereits vor dem 18. September 1981 in diesem Gebiet in den Verkehr gebracht wurden, gilt dies nach Maßgabe der in § 3 Abs. 1 genannten Kommissionsentscheidung.

§ 3

**Stoffe, die vor dem 18. September 1981  
erstmals in den Verkehr gebracht wurden**

(1) Für die Anmeldung und das Inverkehrbringen von Stoffen nach § 1, die bereits vor dem 18. September 1981 in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet erstmals in den Verkehr gebracht wurden, gilt die Entscheidung 92/3/EWG der Kommission vom 9. Dezem-

ber 1991 zur Festlegung der Bedingungen für die Notifikation der zum 18. September 1981 in der früheren Deutschen Demokratischen Republik im Verkehr befindlichen Chemikalien, die nicht im Verzeichnis nach Artikel 13 der Richtlinie 67/548/EWG stehen (ABl. EG Nr. L 3 S. 26).

(2) Auf die nach der Kommissionsentscheidung vorzulegenden Unterlagen finden unbeschadet des Artikels 4 Abs. 2 Satz 5 der Kommissionsentscheidung die §§ 20 und 20a Abs. 1, 2, 4 und 5 des Chemikaliengesetzes sowie § 2 der Prüfnachweisverordnung entsprechende Anwendung. Eine Nachforderung nach Artikel 6 der Kommissionsentscheidung gilt als Nachforderung nach § 20 Abs. 2 des Chemikaliengesetzes. Soweit die Kommissionsentscheidung auf Bestimmungen von EG-Richtlinien verweist, die in deutsches Recht umgesetzt worden sind, sind die entsprechenden Bestimmungen des deutschen Rechts anzuwenden.

(3) Zuständige deutsche Behörde im Sinne der Kommissionsentscheidung ist die Anmeldestelle nach § 12 des Chemikaliengesetzes. Die Anmeldestelle beteiligt bei der Bewertung der vorgelegten Unterlagen die Bewertungsstellen in entsprechender Anwendung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung der Bewertung nach § 12 Abs. 2 des Chemikaliengesetzes.

§ 4

**Kosten**

Für die Bearbeitung der Anmeldungen von Stoffen nach § 1, die bis zum 31. Dezember 1992 bei der Anmeldestelle eingehen, werden Kosten nicht erhoben.

§ 5

**Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 18. Februar 1992

Der Bundeskanzler  
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister  
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit  
Klaus Töpfer



### **Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts**

Aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28. Januar 1992 – 1 BvR 1025/82 u. a. – wird folgende Entscheidungsformel veröffentlicht:

§ 19 Absatz 1 erste Alternative der Arbeitszeitordnung vom 30. April 1938 (Reichsgesetzbl. I Seite 447), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. März 1975 (Bundesgesetzbl. I Seite 685), ist mit Artikel 3 Absatz 1 und 3 des Grundgesetzes unvereinbar.

Die vorstehende Entscheidungsformel hat gemäß § 31 Abs. 2 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht Gesetzeskraft.

Bonn, den 8. Februar 1992

Der Bundesminister der Justiz  
Kinkel

---

### **Berichtigung der Achten Verordnung zur Änderung der Wahlordnung für die Sozialversicherung sowie der Neufassung der Wahlordnung für die Sozialversicherung Vom 11. Februar 1992**

Die Achte Verordnung zur Änderung der Wahlordnung für die Sozialversicherung vom 23. Januar 1992 (BGBl. I S. 82) sowie die Wahlordnung für die Sozialversicherung in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1992 (BGBl. I S. 115) ist jeweils wie folgt zu berichtigen:

In Anlage 1b (BGBl. 1992 I S. 95 und S. 156) ist die Angabe „Vers.-Nr.“ durch die Angabe „Arbeitgeber“ zu ersetzen, so daß die Anlage 1b (Vorderseite) die als Anlage beigefügte Fassung erhält.

Bonn, den 11. Februar 1992

Der Bundesminister  
für Arbeit und Sozialordnung  
Im Auftrag  
Becher

Vorschlagsliste der .....

Blatt Nr. ....

zur Wahl der Vertreterversammlung der .....

**Auszug** aus der — bei der Unterschriftensammlung vorzulegenden — vollständigen Vorschlagsliste

(Name) (Vorname) (Straße) (Wohnort)

- Wahlbewerber:** 1. ....  
 2. ....  
 3. ....  
 4. ....  
 5. ....

**Listenvertreter:** .....

Ich unterstütze hiermit diese Vorschlagsliste

Lfd. Nr.	Name, Vorname ggf. auch Geburtsname	Anschrift (Straße und Wohnort)	Geburtsdatum Arbeitgeber ①	Wahlberechtigt als: ②	Datum und Unterschrift
1					
2					
3					
4					
5					

bitte wenden

**Bundesgesetzblatt  
Teil II**

**Nr. 6, ausgegeben am 21. Februar 1992**

Tag	Inhalt	Seite
17. 2. 92	<b>Gesetz zu dem Übereinkommen vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes</b> . . . . .	121
17. 1. 92	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der vier Genfer Rotkreuz-Abkommen sowie der Zusatzprotokolle hierzu . . . . .	145
21. 1. 92	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen . . . . .	146
23. 1. 92	Bekanntmachung über das Außerkrafttreten des deutsch-australischen Abkommens über den Austausch von Postanweisungen . . . . .	147

*Dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes sind für die Abonnenten die Titelblätter für die Bände 1 und 2 des Jahrgangs 1991 des Bundesgesetzblattes Teil II sowie die Zeitliche Übersicht und das Sachverzeichnis für den Jahrgang 1991 des Bundesgesetzblattes Teil II beigelegt.*

**Preis dieser Ausgabe:** 6,12 DM (5,12 DM zuzüglich 1,00 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 7,12 DM.  
 Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.  
 Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

**Verkündungen im Bundesanzeiger**

Gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Verkündung von Rechtsverordnungen vom 30. Januar 1950 (BGBl. S. 23) wird auf folgende im Bundesanzeiger verkündete Rechtsverordnungen nachrichtlich hingewiesen:

Datum und Bezeichnung der Verordnung	Seite	Bundesanzeiger (Nr. vom)	Tag des Inkrafttretens
31. 1. 92 Fünfte Verordnung der Bundesanstalt für Flugsicherung zur Änderung der Einundfünfzigsten Durchführungsverordnung zur Luftverkehrs-Ordnung (Festlegung von Flugverfahren für An- und Abflüge nach Sichtflugregeln zum und vom Flughafen Hamburg) 96-1-2-51	1157	(35 20. 2. 92)	20. 2. 92
3. 2. 92 Einhundertdreizehnte Durchführungsverordnung der Bundesanstalt für Flugsicherung zur Luftverkehrs-Ordnung (Festlegung von Flugverfahren für An- und Abflüge nach Sichtflugregeln zum und vom Flughafen Dresden) neu: 96-1-2-113	1157	(35 20. 2. 92)	20. 2. 92
20. 2. 92 Einhundertsechzehnte Verordnung zur Änderung der Einfuhrliste – Anlage zum Außenwirtschaftsgesetz – 7400-1	1253	(37 22. 2. 92)	23. 2. 92

## Hinweis auf Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften,

die mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften unmittelbare Rechtswirksamkeit in der Bundesrepublik Deutschland erlangt haben.

Aufgeführt werden nur die Verordnungen der Gemeinschaften, die im Inhaltsverzeichnis des Amtsblattes durch Fettdruck hervorgehoben sind.

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift		ABI. EG	
		– Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite	vom
<b>Vorschriften für die Agrarwirtschaft</b>			
14. 1. 92	Verordnung (EWG) Nr. 94/92 der Kommission mit Durchführungsbestimmungen zur Regelung der Einfuhren aus Drittländern gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 über den ökologischen Landbau und die entsprechende Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel	L 11/14	17. 1. 92
17. 1. 92	Verordnung (EWG) Nr. 109/92 der Kommission zur Festsetzung der Pauschalvergütung je landwirtschaftlichen Betriebsbogen für das Rechnungsjahr 1992 für das Informationsnetz landwirtschaftlicher Buchführungen	L 12/13	18. 1. 92
17. 1. 92	Verordnung (EWG) Nr. 110/92 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2729/81 hinsichtlich der für die Ausfuhr nach den Ländern auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR festgesetzten Erstattung	L 12/14	18. 1. 92
17. 1. 92	Verordnung (EWG) Nr. 115/92 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1481/86 zur Bestimmung der auf den repräsentativen Märkten der Gemeinschaft festgestellten Preise für frische oder gekühlte Tierkörper von Lämmern und zur Ermittlung der Preise einiger anderer Qualitäten von Tierkörpern von Schafen in der Gemeinschaft	L 12/21	18. 1. 92
20. 1. 92	Verordnung (EWG) Nr. 124/92 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 570/88 über den Verkauf von Billigbutter und die Gewährung einer Beihilfe für Rahm, Butter und Butterfett für die Herstellung von Backwaren, Speiseeis und anderen Lebensmitteln und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1157/91	L 14/28	21. 1. 92
21. 1. 92	Verordnung (EWG) Nr. 128/92 der Kommission über den Verkauf von bestimmtem Rindfleisch aus Interventionsbeständen zu pauschal im voraus festgesetzten Preisen zur Verarbeitung im Rahmen eines einzelstaatlichen Hilfsprogramms und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2857/90	L 15/5	22. 1. 92
21. 1. 92	Verordnung (EWG) Nr. 131/92 der Kommission mit gemeinsamen Durchführungsbestimmungen zur Sonderregelung für die Versorgung der französischen überseeischen Departements mit bestimmten Agrarerzeugnissen	L 15/13	22. 1. 92
21. 1. 92	Verordnung (EWG) Nr. 132/92 der Kommission über den Verkauf von zur Ausfuhr bestimmtem Rindfleisch mit Knochen aus Beständen einiger Interventionsstellen nach dem Verfahren der Verordnung (EWG) Nr. 2539/84, zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 569/88 und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 3513/91	L 15/17	22. 1. 92
23. 1. 92	Verordnung (EWG) Nr. 153/92 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3201/90 über Durchführungsbestimmungen für die Bezeichnung und Aufmachung der Weine und Traubenmoste	L 17/20	24. 1. 92
24. 1. 92	Verordnung (EWG) Nr. 162/92 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2436/91 über die Ausschreibung des Verkaufs zur Ausfuhr von Tabakballen aus Beständen der deutschen, griechischen und italienischen Interventionsstelle	L 18/16	25. 1. 92
24. 1. 92	Verordnung (EWG) Nr. 164/92 der Kommission zur Abweichung von der Verordnung (EWG) Nr. 3929/87 hinsichtlich der Frist für die Einreichung der Traubenernteerklärung in Agrigento im Wirtschaftsjahr 1991/92	L 18/20	25. 1. 92

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABl. EG	
	– Ausgabe in deutscher Sprache –	
	Nr./Seite	vom
29. 1. 92 Verordnung (EWG) Nr. 195/92 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2384/91 mit den in Portugal im Wirtschaftsjahr 1991/92 für den Weinssektor anwendbaren Übergangsmaßnahmen	L 21/21	30. 1. 92
30. 1. 92 Verordnung (EWG) Nr. 211/92 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 863/91 über den Sonderverkauf von Interventionsbutter zur Ausfuhr nach der Sowjetunion	L 22/16	31. 1. 92
27. 1. 92 Verordnung (EWG) Nr. 220/92 des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3285/83 zur Festlegung der Grundregeln für die Ausdehnung bestimmter von den Erzeugerorganisationen für Obst und Gemüse erlassener Vorschriften	L 24/7	1. 2. 92
27. 1. 92 Verordnung (EWG) Nr. 221/92 des Rates über eine Abweichung für Verträge über die Lagerung von Olivenöl in Griechenland, Spanien und Portugal	L 24/9	1. 2. 92
31. 1. 92 Verordnung (EWG) Nr. 249/92 der Kommission zur Einfuhr von Futtermais in Réunion im Januar und Februar 1992	L 24/85	1. 2. 92
31. 1. 92 Verordnung (EWG) Nr. 250/92 der Kommission zur Schätzung der Erzeugung für das Wirtschaftsjahr 1991/92 zur Feststellung der tatsächlichen Erzeugung im Wirtschaftsjahr 1990/91 und zur Festsetzung des Anpassungsbetrags der Beihilfe für Sojabohnen	L 24/86	1. 2. 92
31. 1. 92 Verordnung (EWG) Nr. 251/92 der Kommission mit zusätzlichen Bestimmungen zum ergänzenden Handelsmechanismus (EHM) für Tomaten, Salat, Endivie, Eskariol, Karotten, Artischocken, Tafeltrauben, Melonen und Erdbeeren im Handel zwischen Spanien und der Gemeinschaft in ihrer Zusammensetzung am 31. Dezember 1985	L 24/87	1. 2. 92
3. 2. 92 Verordnung (EWG) Nr. 257/92 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 685/69 über Durchführungsbestimmungen für die Interventionen auf dem Markt für Butter und Rahm	L 28/5	4. 2. 92
3. 2. 92 Verordnung (EWG) Nr. 258/92 der Kommission zur Festsetzung der Referenzpreise für Gurken für das Wirtschaftsjahr 1992	L 28/6	4. 2. 92
3. 2. 92 Verordnung (EWG) Nr. 259/92 der Kommission zur Festsetzung der für das Wirtschaftsjahr 1992 auf Spanien und Portugal anwendbaren gemeinschaftlichen Angebotspreise für Gurken	L 28/8	4. 2. 92
3. 2. 92 Verordnung (EWG) Nr. 260/92 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3029/90 hinsichtlich der Rodung von Mandarinenbäumen	L 28/10	4. 2. 92
4. 2. 92 Verordnung (EWG) Nr. 273/92 der Kommission über den Verkauf von Rindfleisch, das zur Verarbeitung in der Gemeinschaft bestimmt ist, aus Beständen einiger Interventionsstellen nach dem Verfahren der Verordnung (EWG) Nr. 2539/84 und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 3756/91	L 30/7	6. 2. 92
4. 2. 92 Verordnung (EWG) Nr. 274/92 der Kommission über den Verkauf von zur Ausfuhr bestimmtem Rindfleisch ohne Knochen aus Interventionsbeständen nach der Verordnung (EWG) Nr. 2539/84, zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 569/88 und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 3512/91	L 30/11	6. 2. 92
5. 2. 92 Verordnung (EWG) Nr. 275/92 der Kommission zur Berichtigung der Verordnung (EWG) Nr. 2288/91 zur Festsetzung des den Pflirsicherzeugern zu zahlenden Mindestpreises sowie der Produktionsbeihilfe für Pflirsiche in Sirup und/oder natürlichem Fruchtsaft im Wirtschaftsjahr 1991/92	L 30/15	6. 2. 92
5. 2. 92 Verordnung (EWG) Nr. 276/92 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 598/86 hinsichtlich des geltenden Richtplafonds für die Einfuhr von backfähigem Weichweizen nach Spanien im Wirtschaftsjahr 1991/92	L 30/16	6. 2. 92
6. 2. 92 Verordnung (EWG) Nr. 290/92 der Kommission zur Festsetzung der Präferenzzuckermenge und der entsprechenden Prämie für die Wirtschaftsjahre 1989/90 und 1990/91	L 31/23	7. 2. 92

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABI. EG	
	– Ausgabe in deutscher Sprache –	
	Nr./Seite	vom
6. 2. 92 Verordnung (EWG) Nr. 291/92 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1730/87 zur Festsetzung von Qualitätsnormen für Tafeltrauben	L 31/25	7. 2. 92
6. 2. 92 Verordnung (EWG) Nr. 292/92 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 920/89 zur Festsetzung der Qualitätsnormen für Möhren, Zitrusfrüchte sowie Tafeläpfel und -birnen hinsichtlich der Tabellen zur Einteilung der Apfelsorten	L 31/26	7. 2. 92
6. 2. 92 Verordnung (EWG) Nr. 293/92 der Kommission zur Berichtigung der englischen, deutschen, niederländischen, dänischen und spanischen Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 920/89 hinsichtlich der Aufmachung von Möhren	L 31/28	7. 2. 92
7. 2. 92 Verordnung (EWG) Nr. 304/92 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3587/86 bezüglich der Anpassungskoeffizienten für die im Sektor Obst und Gemüse anzuwendenden Ankaufspreise	L 32/14	8. 2. 92
7. 2. 92 Verordnung (EWG) Nr. 305/92 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 410/90 zur Festsetzung der Qualitätsnormen für Kiwis	L 32/15	8. 2. 92
<b>Andere Vorschriften</b>		
15. 1. 92 Verordnung (EWG) Nr. 103/92 des Rates zur Verlängerung der Geltungsdauer des vorläufigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von bestimmtem Thermopapier mit Ursprung in Japan	L 11/33	17. 1. 92
22. 1. 92 Verordnung (EWG) Nr. 140/92 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2045/90 zur Wiedererhebung der gegenüber dritten Ländern geltenden Zollsätze für bestimmte Waren mit Ursprung in Jugoslawien	L 16/7	23. 1. 92
24. 1. 92 Verordnung (EWG) Nr. 161/92 der Kommission zur Einstellung von Anrechnungen auf den im Rahmen der allgemeinen Präferenzen durch die Verordnung (EWG) Nr. 3831/90 des Rates für bestimmte gewerbliche Waren mit Ursprung in Chile und China	L 18/14	25. 1. 92
24. 1. 92 Verordnung (EWG) Nr. 171/92 des Rates zur Verlängerung der Geltungsdauer des vorläufigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Baumwollgarn mit Ursprung in Brasilien, Ägypten und der Türkei	L 18/33	25. 1. 92
27. 1. 92 Verordnung (EWG) Nr. 186/92 der Kommission zur Regelung der Einfuhr in die Gemeinschaft von bestimmten Textilwaren (Kategorie 3) mit Ursprung in Indien	L 20/6	29. 1. 92
27. 1. 92 Verordnung (EWG) Nr. 188/92 des Rates über den Abschluß des Protokolls Nr. 2 zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten für die Langustenfischerei und des finanziellen Ausgleichs nach dem Abkommen über die Fischereibeziehungen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko für die Zeit vom 1. April 1991 bis zum 29. Februar 1992	L 21/1	30. 1. 92
27. 1. 92 Verordnung (EWG) Nr. 189/92 des Rates zur Anwendung bestimmter Kontrollmaßnahmen der Organisation für die Fischerei im Nordwestatlantik	L 21/4	30. 1. 92
27. 1. 92 Verordnung (EWG) Nr. 190/92 des Rates zur Eröffnung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für frische Erdbeeren mit Ursprung in den besetzten Gebieten und zur Festlegung eines Verfahrens für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse mit Ursprung in diesen Gebieten, für die Referenzmengen festgesetzt sind (1992)	L 21/7	30. 1. 92
28. 1. 92 Verordnung (EWG) Nr. 194/92 der Kommission zur Festsetzung von Durchschnittswerten je Einheit für die Ermittlung des Zollwerts bestimmter verderblicher Waren	L 21/17	30. 1. 92
27. 1. 92 Verordnung (EWG) Nr. 202/92 des Rates zur Verlängerung der Geltungsdauer des vorläufigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren bestimmter Polyestergerne mit Ursprung in Taiwan, Indonesien, Indien, der Volksrepublik China und der Türkei	L 21/31	30. 1. 92

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABI. EG	
	– Ausgabe in deutscher Sprache –	
	Nr./Seite	vom
27. 1. 92 Verordnung (EWG) Nr. 218/92 des Rates über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der indirekten Besteuerung (MWSt.)	L 24/1	1. 2. 92
27. 1. 92 Verordnung (EWG) Nr. 219/92 des Rates zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 3302/86 zur Aussetzung der Einfuhr von Goldmünzen aus der Republik Südafrika	L 24/6	1. 2. 92
31. 1. 92 Verordnung (EWG) Nr. 252/92 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 206/91 über den Ausschluß der Milcherzeugnisse vom aktiven Veredelungsverkehr und bestimmten üblichen Behandlungen	L 24/89	1. 2. 92
3. 2. 92 Verordnung (EWG) Nr. 282/92 des Rates zur Ergänzung und Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 3587/91 und (EWG) Nr. 3588/91 zur Verlängerung für 1992 der Anwendung der Verordnungen (EWG) Nr. 3831/90, (EWG) Nr. 3832/90, (EWG) Nr. 3833/90, (EWG) Nr. 3834/90 und (EWG) Nr. 3835/90 zur Anwendung allgemeiner Zollpräferenzen für bestimmte Waren mit Ursprung in Entwicklungsländern im Jahre 1991	L 31/1	7. 2. 92
3. 2. 92 Verordnung (EWG) Nr. 283/92 des Rates zur Eröffnung und Verwaltung von Gemeinschaftszollkontingenten für Kabeljau und Fische der Art <i>Boreogadus saida</i> , getrocknet, gesalzen oder in Salzlake, mit Ursprung in Norwegen (1992)	L 31/3	7. 2. 92
3. 2. 92 Verordnung (EWG) Nr. 284/92 des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1911/91 über die Anwendung der Vorschriften des Gemeinschaftsrechts auf die Kanarischen Inseln hinsichtlich der Anwendung der Gemeinsamen Agrarpolitik	L 31/6	7. 2. 92
7. 2. 92 Verordnung (EWG) Nr. 306/92 der Kommission zur Einstellung von Anrechnungen auf die im Rahmen der allgemeinen Präferenzen durch die Verordnung (EWG) Nr. 3832/90 des Rates für bestimmte Textilwaren mit Ursprung in Thailand, Argentinien und China festgesetzten Zolltarifplafonds	L 32/17	8. 2. 92
— Berichtigung der Verordnung (EWG) Nr. 2228/91 der Kommission vom 26. Juni 1991 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 1999/85 des Rates über den aktiven Veredelungsverkehr (ABl. Nr. L 210 vom 31. 7. 1991)	L 17/31	24. 1. 92
— Berichtigung der Verordnung (EWG) Nr. 3911/90 vom 19. Dezember 1991 zur vollständigen oder teilweisen Aussetzung der für bestimmte Erzeugnisse der Kapitel 1 bis 24 der Kombinierten Nomenklatur mit Ursprung in Malta geltenden Zollsätze (1992) (ABl. Nr. L 372 vom 31. 12. 1991)	L 30/34	6. 2. 92
— Berichtigung der Verordnung (EWG) Nr. 3864/91 der Kommission vom 16. Dezember 1991 zur Festsetzung der im Fischwirtschaftsjahr 1992 geltenden Rücknahme- und Verkaufspreise für die Fischereierzeugnisse des Anhangs I Abschnitte A, D und E der Verordnung (EWG) Nr. 3796/81 des Rates (ABl. Nr. L 363 vom 31. 12. 1991)	L 31/54	7. 2. 92
— Berichtigung der Verordnung (EWG) Nr. 3865/91 der Kommission vom 16. Dezember 1991 zur Festsetzung der Referenzpreise für Fischereierzeugnisse für das Fischwirtschaftsjahr 1992 (ABl. Nr. L 363 vom 31. 12. 1991)	L 31/54	7. 2. 92
— Berichtigung der Verordnung (EWG) Nr. 274/92 der Kommission vom 4. Februar 1992 über den Verkauf von zur Ausfuhr bestimmtem Rindfleisch ohne Knochen aus Interventionsbeständen nach der Verordnung (EWG) Nr. 2539/84, zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 569/88 und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 3512/91 (ABl. Nr. L 30 vom 6. 2. 1992)	L 32/38	8. 2. 92
— Berichtigung der Verordnung (EWG) Nr. 3694/91 der Kommission vom 17. Dezember 1991 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 645/89 und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2404/89 über die Einreihung von bestimmten Waren in die Kombinierte Nomenklatur (ABl. Nr. L 350 vom 19. 12. 1991)	L 34/36	11. 2. 92

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz - Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. - Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 5300 Bonn 1  
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 81,48 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,56 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1990 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 6,12 DM (5,12 DM zuzüglich 1,00 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 7,12 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 5702 A · Gebühr bezahlt

## Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung

Die 492. Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung, abgeschlossen am 31. Januar 1992, ist im Bundesanzeiger Nr. 34 vom 19. Februar 1992 erschienen.

Diese Übersicht enthält bei den aufgeführten Gesetzesvorlagen alle wichtigen Daten des Gesetzgebungsablaufs sowie die Hinweise auf die Bundestags- und Bundesrats-Drucksachen und auf die sachlich zuständigen Ausschüsse des Bundestages.

Verkündete Gesetze sind nur noch in der der Verkündung folgenden Übersicht enthalten.

---

Der Bundesanzeiger (Stammausgabe) Nr. 34 vom 19. Februar 1992 kann zum Preis von 6,80 DM (4,80 DM + 2,00 DM Versandkosten einschl. 7% Mehrwertsteuer) gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto „Bundesanzeiger“ Köln 399-509 (BLZ 370 100 50) bezogen werden.